

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.90, monatlich 1.30 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltenen Zeile oder deren Raum 60 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 118.

Donnerstag, den 22. Mai 1919.

26. Jahrg.

Deutschlands Entwaffnung.

Da der tiefste und eigentliche Sinn des Pariser Gewaltfriedens ist, Deutschlands selbständige Staatlichkeit zu vernichten, das deutsche Volk als Mitglied der europäischen Völkergemeinschaft auszumerzen, so sind auch folgerichtig die Bestimmungen, welche die deutsche Militärhoheit beschneiden, die eingreifendsten und demütigendsten. Die Entente wandelt da auf den Spuren des Tiliter Friedens, des schlimmsten, freilich vergleichsweise noch harmlosen Vorgängers des Folterfriedens der Pariser Weltbeglücker. Napoleon wollte seine durch das Protektorat über den Rheinbund vermittelte Beherrschung Deutschlands verewigen und deshalb den Staat Friedrichs des Großen mit der Wurzel austrocknen. Diese Wurzel war das an Zahl wie an Ausbildung gleich hoch gesteigerte Werbeheer. Es sollte auf Napoleons Geheiß auf 40 000 Mann herabgedrückt werden. Gerade diese Verfügung wurde jedoch der Grund zur Wiederaufrichtung Preußens, sie nötigte zur Annahme des Scharnhorstschen Planes, zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, die mit ihren zunächst militärisch kurzen Ausbildungsfristen den Friedensstand von 40 000 Mann zu einem Kriegsheer von mehreren Hunderttausend Mann vervielfältigte, so daß das kleine Preußen, das nach Tilzit bloß fünf Millionen Einwohner zählte, beim Ausbruch des Befreiungskriegs mit einer zahlenmäßig stärkeren Macht eingriff als das gewaltige Rußland.

Solchen Aufwandsmitteln heimlicher Rüstung und vorbereiteter Volksbewaffnung beugt der Pariser Vertrag durch Bestimmungen vor, deren engmaschiges Netz kein Entzinnen zuläßt. Das künftige deutsche Heer wird auf eine Polizeimacht von 100 000 Mann herabgesetzt; das ist, vergleicht man die heutige Volksgröße Deutschlands mit dem Preußen nach Tilzit, ein geradezu verschwindend kleines Kontingent. Es würde in erregten Zeiten, wie sie gerade jetzt über Deutschland hingehen, nicht einmal die innere Ruhe gewährleisten. Zugleich sind diese Hunderttausend Mann die Höchstgrenze dessen, was Deutschland überhaupt unter Waffen stellen könnte. Denn die allgemeine Wehrpflicht wird ausdrücklich abgeschafft, und von jenen 100 000 Soldaten haben die Offiziere 25, die Gemeinen 12 Jahre zu dienen. Es gäbe sonach im Kriegsfalle keine einzuberufenden ausgebildeten Reservisten. Sogar die Formation der Heeresmacht wird genau vorgeschrieben: sieben Infanterie- und drei Kavallerie-Divisionen, und damit sich nicht etwa in anderer Form eine Volksbewaffnung, die Errichtung einer Miliz, vorsetzen ließe, werden die Bestände der Polizei und Gendarmen genau begrenzt, wird den Unterrichtsanstalten und den Vereinigungen jeder Art untersagt, sich mit militärischen Fragen zu beschäftigen. Die militärische Vorbildung der Jugend soll damit unmöglich gemacht werden.

Man sollte denken, sagt die Wiener „Arbeiter-Zeitung“, mit diesem geschlossenen System von Verböten wäre der Sache genug getan. Allein die Pariser Friedensengel leisten ein übriges. Die deutsche Heereskraft war nicht bloß auf die Ausnutzung der Volkszahl, sondern auch auf die wissenschaftliche und technische Vorbereitung des Krieges aufgebaut. Der deutsche Generalstab, wie ihn Moltke und Schlieffen auf die Höhe der Wirkungsmöglichkeit gebracht, wurde das Vorbild aller Militärstaaten. Darum darf es fortan einen Generalstab oder ähnliche Formationen in Deutschland überhaupt nicht mehr geben. Und da ferner die moderne Kriegführung ebensosehr von den technischen und chemischen Hilfsmitteln als von dem ausgebildeten Heere selbst abhängig ist, darf Deutschland in Zukunft nur in einem ermäßigten Höchstmaß, nur in ermäßigten Fabriken Kriegsmaterial herstellen und es weder einführen noch ausführen. Nebenbei wird hiermit zugleich der deutschen Industrie und Ausfuhr ein Streich versetzt. Eine Zulassung, wenn das noch möglich, erfahren diese Bestimmungen im Gebiete des Flugwesens. Deutschland darf kein militärisches Flugwesen, weder zu Lande noch zu Wasser, besitzen und überhaupt kein Luftschiff. Uebrigens darf es 50 Kilometer östlich vom Rhein, 100 Kilometer westlich der Ostgrenze und nördlich der Südgrenze weder einen Flugplatz noch einen Hangar für Luftschiffe geben. Dagegen können die Ententestaaten, wie ihnen beliebt, in Deutschland Flüge, Landungen und Ueberfliegungen vornehmen. Man braucht bloß diese eine Bestimmung des Vertrags zu kennen, um zu wissen, daß der Geist der Ungerechtigkeit, der in Paris waltet, bis zum Übermaß gesteigert erscheint.

Stünde die Sache so, daß eine ähnliche Einschränkung der Rüstungen etwa durch den Völkerbund allen Staaten auferlegt würde, so würde bei allen Bedenken, die sich vom Standpunkte der Demokratie gegen Werbeheere erheben, die Befestigung der Kriegsgefahr als des schlimmsten Übels die sonstigen bösen Wirkungen uns übersehen lassen. Doch nun allgemeiner Entwaffnung ist nirgendwo eine Spur zu sehen. Entwaffnet wird bloß Deutschland; Frankreich sowie die neugebildeten Nationalstaaten, Polen und die Tschechoslowaken, stehen waffenstarr an seinen Grenzen. Es ist der vom Standpunkte des französischen Imperialismus ideale Zustand des 17. und 18. Jahrhunderts hergekehrt, wo die wehrlose Mitte Europas, den Pariser Machtgelüsten freies Feld gab. Ergänzt wird dieser Zustand durch

ein aus dem napoleonischen Imperialismus herüber genommenes Mittel: die Schaffung von francofeindlichen Halbvasallenstaaten, die gleiche Feindschaft gegen Deutschland und die Tatsache, daß sie ebenfalls Millionen Deutscher unter ihrer Krute halten, die Spitze ihres Schwertes stets gegen das Herz Deutschlands wird gekehrt halten lassen.

Dieser Zustand zu vollenden, werden dem deutschen Volk alle Möglichkeiten entzogen, sein Land und seine Freiheit zu schützen. Namentlich soll Frankreich jeden Augenblick, wenn es ihm immer behagt, zu einem Einfall in deutsches Gebiet die Bahn glatt und frei finden. Deshalb müssen die Deutschen nicht nur auf dem linken Rheinufer, sondern auch 50 Kilometer östlich vom Rhein alle Festungen schleifen und zerstören, dürfen hier überhaupt keine Soldaten — offenbar auch nicht zu Polizeizwecken — halten, keine Manöver vornehmen. Doch in den glücklichen Zeiten deutscher Ohnmacht, als noch deutscher Boden das Schlachtfeld aller europäischen Schlachten war, glücklichen Zeiten, die jetzt wiederhergestellt werden, konnten nicht allein jederzeit die Heere Ludwigs 14., Ludwigs 15. und Napoleons Deutschlands Fluren überschwemmen, auch die englische Flotte hatte damals, ihren Streit mit Frankreich auf deutschem Gebiet ausstehend, freie Hand, jederzeit die deutschen Häfen, Küsten und Flüsse nach Belieben ungestört zu verwüsten. Daß die deutsche Schiffsflotte samt den Unterseebooten verschwindet, wäre natürlich zu ertragen, ist vielmehr zu wünschen, die wenigen Kreuzer und sonstigen kleinen Schiffe, die es noch wird halten dürfen, möchten wohl auch zu entbehren sein. Aber mit einer Peinlichkeit, der nichts zu gering ist, der nichts entgeht, werden alle Werke beseitigt, die geeignet wären, die deutschen Gestade zu schützen. Helgoland, das nie einen offensiven Wert, immer nur einen Verteidigungswert hatte, muß geschleift werden, damit die britische Flotte an jedem Tage, wenn sie mag, in die Elbembüschung einfallen kann, und die übrigen Küstenverteidigungen dürfen weder verstärkt noch umgeändert werden. Was indes das Schönste ist: sogar die drahtlose Telegraphie kommt unter die Ententekontrolle und darf nur noch kontrollierte Handelstelegramme funken.

Daß die anderen die Waffen behalten dürfen, wenn Deutschland entwaffnet wird, hat allerdings seine bündige Logik. Würden die Deutschen in Sklaven verwandelt, deren einziger Daseinszweck fürderhin ist, für die französische und englische Bourgeoisie zu schuften, so müßte ihnen auch die Wehr des freien Mannes aus der Hand geschlagen werden, um Sklavenaufständen zuvorzukommen. Die Entwaffnung Deutschlands erfolgt also nicht aus dem sittlichen Gedanken der Abrüstung, sie wird nur angeordnet, um dem ungerechten Gewaltfrieden die ungehemmte Wirksamkeit zu verschaffen.

Zum Friedensvertrag.

Was tut Amerika?

Auf diese Frage erklärte eines der führenden Mitglieder der amerikanischen Delegation, die Welt sehe augenblicklich nur die eine Seite des Friedensproblems, nämlich die Frage, ob Deutschland die Friedensbedingungen annimmt oder nicht. In wenigen Tagen werde eine zweite Frage mindestens ebenso stark im Vordergrund stehen, nämlich: *Wimm Amerika an oder nicht?* Da die Arbeiten des *Biererrais* erst unmittelbar vor Ueberreichung der Bedingungen an Deutschland zu Ende gekommen waren, so hatte bei Ueberreichung kein Mitglied der amerikanischen Regierung außer Wilson und kein Mitglied des Senates einen Ueberblick über den Vertrag und über die nebenher laufenden Abmachungen. In Washington beginnt infolgedessen die Erörterung erst jetzt, und nach allem, was wir hören, kann man sagen, daß sie sehr erregt ist.

Diese Nachricht scheint sehr zutreffend zu sein, denn es sind bereits 12 Mitglieder der amerikanischen Friedensdelegation zurückgetreten, darunter der erste Wirtschaftsjahrespräsident, Professor Young, ferner der Führer des Ausschusses für Information über die Gebietsfrage, Dr. Buhnen, und der Sachverständige für Rußland, Bullitt. Nach amerikanischer Quelle werden die Gesühle dieser Mitglieder gegen den Friedensvertrag von einem großen Teil der Kommission geteilt.

Die Aussicht auf eine mündliche Aussprache

scheint an Boden zu gewinnen. Wenigstens üben englische und amerikanische Delegierte einen starken Druck dahin aus. Es sind bereits über nebensächliche Fragen wie Lebensmittelversorgung, Finanz- und Schiffsfahrts-Fragen Beratungen mit günstigem Erfolge abgehalten und man betont, daß eine Verweigerung der mündlichen Aussprache nicht zu rechtfertigen sein könnte. Auch die Alliierten werden gewisse Konzessionen machen. Als feststehend wird angenommen, daß die Konzession sich auch auf das Saargebiet beziehen werde. Ferner werden sich die Konzessionen auf allgemeine wirtschaftliche Bestimmungen erstrecken.

Für einen Rechtsfrieden

trat Asquith in Newcastle ein. Er sagte, für England habe es sich um einen Befreiungskrieg gehandelt, der eine Bestrafung der Uebelthäter erfordere, aber kein Frieden des Unrechts sein sollte.

Wie die Geschichte zeigt, kann ein Friede nicht von Dauer sein oder die Forderungen, wenn er ein Scherbengericht von dauernder Wirkung und Betarmung über eines der Völker der Welt verhängt. Es liegt im Interesse aller, möglichst rasch dafür zu sorgen, daß Deutschland unter angemessenen Sicherstellungen, wofür der neue Friede sorgt, in den Stand gesetzt werden sollte, seine Industrie neu zu beleben, seine Hilfsquellen wieder zu entwickeln und sein soziales und wirtschaftliches Leben von neuem aufzubauen.

Damit scheint Frankreich nicht einverstanden zu sein, denn die geplant gewesene Veröffentlichung weitgehender amerikanischer Vorschläge zur Aufbesserung der finanziellen Situation Deutschlands in der Uebergangszeit und zur Hebung der deutschen Saluta ist vorläufig auf seinen Wunsch unterblieben.

Lignowsky und Bernstein über den Vertrag.

Der Berliner Korrespondent des sozialistischen „Daily Herald“ fragte Lignowsky und Bernstein um ihre Ansicht über den Friedensvertrag. Lignowsky antwortete: „Ich kann von diesem Frieden nur daselbe sagen, was Asquith im August 1914 zu Bethmanns Angebot sagte: Dies sind unverkäufliche Vorschläge, und es ist zwecklos, sie zu erörtern.“

Bernstein antwortete: „Diese harten und grausamen Vorschläge erscheinen mir in ihrer jetzigen Form unmöglich. Allgemein ausgesprochen kann der Friede nicht zu teuer erkauft werden, und was die Rüstungen betrifft, so würden ich und meine Landsleute selbst diesen Einschränkungen bereitwillig zustimmen, wenn die Bedingungen unsere vitalen Interessen als Volk zivilisierter menschlicher Wesen anerkennen würden. Wie können wir aber einem Vertrage zustimmen, der den Hungertod vieler Tausender bedeuten würde? Wie können wir zustimmen, rein deutsche Bevölkerungen ohne jedes Recht von Selbstregierung der Herrschaft ausländischer und unfreundlicher Beamten auszuliefern?“

Die türkische Frage

soll jetzt besser geregelt werden. Das Sultanat soll erhalten bleiben und seinen Sitz in der alten Hauptstadt Brussa haben. Die fünf Vilajets von Brussa, Angora, Karamunt, Aolia und Konia werden nominell unter türkischer Herrschaft bleiben. Die Franzosen werden ein Mandat über die ersten drei, die Italiener eines über die beiden anderen Vilajets erhalten.

Auch mit China

will man eine andere Regelung treffen. Japan soll sich gegenüber England verpflichten, daß es nicht mehr indischen Revolutionären Schutz gewähren oder stillschweigend die Ausfuhr von Waffen aus Japan nach Indien zulassen wird. Die überragenden Interessen Englands in Tibet, Sze-Tschwan und Westsim werden anerkannt, ebenso die französischen Interessen im Osten Siams, Yunnan und West Kwangtung. Japan erhält das Uebergewicht in Nordost-China, Schantung, Petchili, Mandschurei und in der Mongolei. Sangle, das bisher als britische Sphäre angesehen wurde, wird von jetzt ab für alle drei Großmächte offen stehen. Die chinesische Delegation in Paris hat die Absicht ausgedrückt, den Friedensvertrag mit Deutschland nur unter Vorbehalt zu unterzeichnen.

Neutrale Nerzte über die Wirkung des Friedensvertrages.

Der Ausschuh der neutralen Nerzte, der kürzlich den Ernährungsstand Deutschlands untersuchte, bestehend aus den Professoren Banteloo-Holland, Grand-Norwegen, Johannsen, Gaddolius, Bergmark-Schweden, hat Wilson drastisch, zu bedenken, welche sehr schweren Folgen für die Ernährung der deutschen Frauen und Kinder die Friedensbedingungen haben müßte, daß Deutschland einen großen Teil seiner Milchkuhe ausliefern soll.

Stiftungsverlängerung. — Wiedergutmachung.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation, Reichsminister des Auswärtigen, Graf Brockdorff-Rantzau, richtete folgende Note an den Vorsitzenden der Friedenskonferenz, Clemenceau:

Verailles, 20. Mai.

Die deutsche Friedensdelegation beabsichtigt, in den nächsten Tagen noch über folgende Punkte Mitteilungen an die Alliierten und assoziierten Regierungen gelangen zu lassen, von denen sie annimmt, daß sie unter den Begriff der praktischen Vorschläge fallen:

1. Eine Note über die territorialen Ostfragen.
 2. Eine Note über Eljah-Lothringen.
 3. Eine Note über die besetzten Gebiete.
 4. Eine Note über den Umfang der Durchführung der von Deutschland übernommenen Schadenersatzpflichten.
 5. Eine Note über die weitere praktische Behandlung der Frage des Arbeiterrechts.
 6. Eine Note über die Behandlung des deutschen Privatvermögens in feindlichen Auslande.
- Außerdem ist eine Zusammenfassung der Bemerkungen in Arbeit, zu denen der Entwurf des Friedensvertrages in seinen Einzelbestimmungen der deutschen Regierung Anlaß bietet. Da die hier behandelten Fragen zum Teil sehr verwickelter Art sind und mit den Sachverständigen sowohl in Versailles, als auch in Berlin eingehend erörtert werden mußten, werden sie in der von dem Erzellenz am 7. Mai bezeichneten Frist von 15 Tagen nicht sämtlich erledigt werden können, wenn die Delegation sich auch bemühen wird, möglichst viele der Noten innerhalb der Frist zu übergeben.

Mit Rücksicht hierauf stelle ich namens der deutschen Friedensdelegation den Antrag, den Inhalt der in Aussicht genommenen Noten als schon jetzt zum Gegenstand der schriftlichen Erörterung gemacht anzusehen und uns für seine eingehendere Darlegung die erforderliche Frist zu gewähren.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Brodorff-Rankau.

Auf die Note über die Wiedergutmachung und Zurückweisung der Schuld antwortete Clemenceau im Namen der Entente:

Herr Präsident! In Ihrer Note vom 13. Mai erklären Sie, daß Deutschland trotz der „Annahme“ der Verpflichtung zu Entschädigungen im November 1918 nicht zugab, daß diese Annahme die Verantwortlichkeit für den Krieg oder die Handlungen der früheren deutschen Regierung in sich schloß. Eine solche Verpflichtung kann aber nur verstanden werden, wenn ihr die Verantwortlichkeit des Unehmers der Schäden zugrunde liegt. Sie liegen hinzu, daß das deutsche Volk nie einen Angriffskrieg unternommen habe. Es ist aber in der Note des Staatssekretärs Zehnig vom 5. November 1918, die die Welt anruft, gesagt, daß aus dem Angriff Deutschlands zu Wasser, zu Lande und in der Luft die Entschädigungspflicht hervorgeht. Die Deutsche Regierung hat, indem sie keinerlei Protest gegen diese Behauptung einlegte, ihre Wohlbegehrtheit anerkannt. Deutschland hat also 1918 den Angriff und seine Verantwortlichkeit klar und ausdrücklich hingewiesen. Sie erklären weiter, daß das deutsche Volk nicht für die Handlungen der früheren deutschen Regierung verantwortlich gemacht werden könne. Eine solche Behauptung würde allen Prinzipien des Völkerbundes zuwiderlaufen. Eine Veränderung eines politischen Regimes und eine Veränderung des leitenden Personals würde nicht genügen, um die von der Nation übernommenen Verpflichtungen ungültig zu machen. Weder beim Frieden 1871 gegenüber Frankreich noch bei Ausrufung der Republik, noch 1917 gegenüber Rußland und nach der Abschaffung des Zarismus durch die Republik wurde diesen vorgebrachten Prinzipien gemäß gehandelt.

Sie verlangen gänzliche Uebersmittlung des Berichts der Kommission für die Verantwortlichkeiten. Zur Antwort haben wir die Ehre, zu erwidern, daß die alliierten und assoziierten Regierungen die Berichte der von der Friedenskonferenz eingesetzten Kommission als Dokumente innerer Angelegenheiten betrachten, die Ihnen nicht unterbreitet werden können.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung

ges. Clemenceau.

Als Antwort darauf veröffentlicht Wolffs Bureau ein offizielles Telegramm, in dem gegen die Berechtigung der Gegner, das Volk für politische Vergehen zu strafen, die sie seinen abgeleiteten Führern zur Last legen, Verwahrung eingelegt wird. Deutschland hand die russische Regierung, mit der es den Frieden von Brest schloß, wohl an die Vertragsverpflichtungen der zersplitterten Regierung, rechnete aber weder Milliardenwerte noch Menschenopfer an, um die der Ueberfall der Heere auf den deutschen Osten das deutsche Volk schädigte. Wenn die alliierten und assoziierten Regierungen sich weigern, einen Kommissionsbericht über die Schuldfrage herauszugeben, so passe das auf ein Verbrechen, wo sie zugleich als Ankläger und Richter auftreten. Der Angeklagte soll nicht einmal wissen, wessen und weshalb man ihn anklagt. Er ist verurteilt, ehe er gehört ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Protest der Berliner Sozialdemokraten gegen den Gemalrichters.

Eine riesige Menschenmenge fand sich Mittwoch zu einer Protestkundgebung der sozialdemokratischen Partei auf dem Wilhelmplatz ein. Flugzeuge kreisten über dem Platz und warfen Flugblätter ab. Entgegen den sonstigen Ansammlungen herrschte eine fast eifrige Ruhe unter den Menschen. U. a. sprach Scheibemann. Er führte aus: Wir fordern im Interesse der Menschheit, daß wir auf Grund unserer Gegenvorschläge zu einem Frieden der Verständigung kommen. Während unsere Delegierten in Versailles an der Verständigung arbeiten, ist für uns die Hauptsache der Protest, und zwar der Protest zur Blikerverständigung, nicht zur Völkerverständigung. Wir wären nicht anderer Bedingungen würdig, wenn wir nicht protestierten und uns alles gefallen ließen. Aber nicht nur gegen die Völkerverständigung protestieren wir, sondern wir demonstrieren auch für die Völkerverständigung. Es sei keine Rede von Revanchegedanken. Nur für die Völkerverständigung, für den Völkerbund würden wir heute die Stimme erheben. Nur wenn Deutschland in den Völkerbund gleichberechtigt wäre, wäre ein Frieden der Verständigung möglich. Der Völkerbund ist heute eine Notwendigkeit. Wir be-

Die Tollhäusler.

Stimme von Karga Parjich.

II.
Eines Mittags kam Paul, ihr zweites Kind, mit einer Beule am Kopfe heim.
„Da, was hast denn gegeben?“ fragte sie.
Er erzählte: „Ich hab mich mit Diebels Dicker verdröhnt! Wir wollten 'Maader un Gendarm' spielen, aber Otto hat gelacht, er machte mich mit, wenn ich dabei wäre. Mit dem Kinde von der Serradica tut er sich spielen.“
„Dann läste ich“, sagte seine Mutter nur, aber Paul sah, daß sie ganz weiß im Gesicht geworden war. Sie wollte es der Diebin schon sagen, wenn sie zum Anprobieren ihres Kleides kam, daß sie ihren Verlust genau so hätte wie andere Leute. Aber sie sagte nichts, sie hätte ja sonst die Knudheit der röhren Besterne verloren und mit ihr selber noch andere. Was wollten die Beule denn nur sein? „Koma was denn das Gerde um ist, sie lehte doch still und bescheiden für sich? Wer nicht zu ihr kam, sah sie kann, denn sie ging nie aus.“
„Martha“, sagte sie eines Tages zu ihrer Tochter, „wie hatte denn deine der Daria die Haare gemacht? Die Aloene sieht ja ganz lieblich aus, was sie noch mal! Da bist doch schon a großes Mädchen, und wenn Du dich erst mal zum Mutter bist, habes doch selber schon gesehn, wenn Deine Kinder immer hübsch abtrett enschehn.“
„Martha behat eines roten Kopf, dann sagte sie:
„Ich heimt mal nich!“
„So“, fragte die Mutter lachend, „warum willst denn nich?“
„Weil ich nich darf.“
„Na warum darfst denn nich?“ kam es erlosant zurück.
„Denn Hujeh hat gelacht, ich darfst mal nich heimt, weil Du als Marjeh im Jrenhaus gewese bist, so was erbe ich nich!“
„Ich würde dich nich mal verrückt und wenn ich später mal Kinder hätte, die ich“
„Dann sage mir der Daria Hujeh, daß die Knudheit, die ich gehabt habe, dich nicht verrückt. Das haben mir die Berge ver-

kämpfen nicht die einzelnen Paragraphen, sondern seinen Geist in der vorliegenden Form. Wir sollten Sklaven anderer Völker sein; dagegen protestieren wir. Wir haben uns verpflichtet, wieder gutzumachen; mehr könnten wir nicht tun. Hermann Müller erklärte, daß die internationalen Sozialisten mit einem solchen Frieden nicht einverstanden sein könnten. In den Friedensbedingungen wäre jeder Absatz ein Faustschlag ins Gesicht der internationalen Sozialisten, auch der Frankreicher und Engländer. Schließlich ergriß Frau Suchacz das Wort, um sich vom Standpunkt der deutschen Frau aus gegen die Friedensbedingungen auszusprechen.

Durch das Dazwischinkommen eines Demonstrationzuges der Unabhängigen wurde sie unterbrochen. Der Zug der Unabhängigen durchquerte den Wilhelmplatz. Er kam vom Lustgarten, wo gleichzeitig eine Kundgebung der Unabhängigen stattfand, in der gegen die scharfen Bedingungen protestiert und ein Schreuf auf den baldigen Frieden, die Internationale und die Weltrevolution ausgebracht wurde.

Vom neuen Militarismus.

Unser Mecklenburger Parteiblatt „Das freie Wort“ teilt mit, daß der Bericht einer Kommission des Soldatenrats des 11. Armeekorps über die Verhältnisse beim Grenzschutz Ost von den militärischen Dienststellen nicht veröffentlicht werde, weil er geradezu niederschmetternde Dinge über die Zustände im Osten enthalte. Insbesondere wird darin ausgeführt, daß die Stäbe ein sehr gutes Leben führen, ohne sich um die Soldaten zu kümmern. Ferner wurde in diesem Bericht das Verhalten der Polen zu den deutschen Freiwilligen in einen Gegensatz gebracht.

Bulgarien.

Blutige Konflikte in Sofia. „Daily Herald“ meldet, daß die Nachrichten über den Ausbruch neuer Unruhen in Bulgarien sich heftigen. In Sofia kam es zu blutigen Konflikten zwischen der Garnison und der revolutionären Volksmenge, die die Absetzung der Regierung und die Proklamierung einer Sowjetregierung verlangte. In Ruffchak, Philippopol und Warna ist es zu Ausschreitungen gekommen. Die Truppen haben sich überall gewelgert, gegen die Bevölkerung vorzugehen. Kürzlich ist ein neues Ministerium gebildet worden, in dem zwei Sozialisten, ein Progressist und drei Agrarier sitzen.

Holland.

Die Sozialdemokratie für das Berner Manifest. Die „Het Volk“ meldet, hat sich die Parteileitung der niederländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei dem Manifest angeschlossen, das der von der Internationalen Sozialistenkonferenz in Bern ernannte Aktionsausschuß bezüglich der den Deutschen überreichten Friedensbedingungen veröffentlicht hat.

Belgien.

Neumaßnahmen. In der Presse befinden sich überall Berichte über feierliche Neuvereinbarungen von Belgiern, die während der Okkupation wegen Spionage erschossen worden sind. Augenscheinlich soll damit die einkehrende Friedensstimmung in Rücksicht auf die kommenden Ereignisse nochmals aufgepeitscht werden. Die nationalistische Presse schämt sich demnach nicht, selbst mit den Toten fortgesetzt noch die Gemüter gegen Deutschland aufzuheizen.

Amerika.

Aus Wilsons Botschaft an den Kongreß, die vor einigen Tagen angekündigt wurde, bringt Keuler einen Auszug, der die Arbeiterfrage behandelt. Sie fordert zur Gemeinschaft auf. Es heißt darin: „Der neue Geist und die neue Methode von Organisation müssen nicht so sehr durch die Gesetzgebung wie durch gemeinsame Beratungen und freiwillige Zusammenarbeit der kapitalistischen Leiter und der Arbeiter erreicht werden. Diejenigen, die dieses neue Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit wirklich anstreben, können ohne weiteres einen Weg finden, um es herbeizuführen. Viele große durch den Krieg hinterlegende Industrien in vielen Teilen der Welt warten darauf, wieder in Gang gebracht zu werden, und es fehlt nicht an Geist, willigen Händen, Organisationskenntnis oder Geschicklichkeit und Erfahrung, sondern an Maschinen, Rohstoffen und Kapital. Ich glaube, unsere Geschäftslente, Kaufleute, Fabrikanten und Kapitalisten werden genug Weitsicht haben, um zu sehen, daß Wohlstand in einem Teile der Welt auch zur Schaffung von Wohlstand in der übrigen Welt beiträgt, daß eine Solidarität der Interessen und Unternehmungen auf der ganzen Welt besteht und daß unser Handel mit Ländern, die unsere Erzeugnisse und unser Geld brauchen, diejenigen, deren Bedürfnisse wir in richtiger Weise zu dienen trachten, lehren wird, uns mehr als je als Freunde zu betrachten.“

„ahert.“ Es würgte ihr im Hals und sie ging in die Kammer, um mit sich allein zu sein.

Was war das? Warum waren die Menschen so hart? War ihre Krankheit ein Schandfleck, und war es nicht genug, wenn sie sie nicht mehr für sich nahmen, mußten sie ihr auch noch die Kinder vergiften? Was konnte sie tun, daß wenigstens nicht die Kinder zu Leiden hatten?

Lange sah sie auf ihrem Bett und grübelte.
Gegen Abend nahm sie eine frühe Schürze aus der Kommode, band sie um und machte sich auf den Weg zum Pastor. Mit ihm wollte sie darüber reden.

Als sie durchs Dorf ging, kam sie an einer Schar singender Kinder vorbei. Sobald die Kinder ihrer aufstiegen wurden, waren sie still und brachten sich ängstlich an die Hauswand und in die Türschwelle. Lieber Himmel, war sie schon der Kinderfurcht des Dorfes geworden? Da rief ein Kinderstimmen hinter ihr: „Bormannschel!“ Grundlich bremte sie sich um, es war wohl nur ein Zufall gewesen, daß die Kinder grad mit Singen aufhörten, als sie vorbei kam. Der Rest der kleinen Gesellschaft lief ihr ein Stück nach, blieb dann stehen, streckte die Zunge lang heraus und tippte sich mit dem Finger auf die Stirn. Die anderen Kinder schrien vor Vergnügen über diese Heldentat. Der Bormann schloß die Tränen in die Augen und sie mühte sich nicht, sie zurückzubringen. Starr vor sich ins Weite blickend, ging sie ihres Weges.

Ein etwas angetrunkenes Knecht vom nahen Gute kam ihr entgegen:

„Na, Du altes Jrenhaus, was flensche denn?“ sagte er im Vorbeigehen. Sie hörte es kaum, weshalb sie nicht auf ihn aufmerksamer sein mußte.

Als sie das Dorf hinter sich hatte, lehte sie sich an einen Strauchengebüsch, wusch sich das nasse Gesicht mit der Schürze ab und ließ einen langen, harten Schrei aus. Sie wäre erstickt, hätte sie nicht einen nicht laut werden lassen dürfen.

Kleine politische Nachrichten.

Der Geleitzwurf über die Kapitalrentensteuer ist vorübergehend zurückgestellt worden, da alle bestehenden und geplanten Steuergesetze infolge der Friedensbedingungen nachgeprüft werden.

In Eisenach wird wieder gearbeitet. Generalmajor Maeder hat 10 000 Zentner Kartoffeln für Eisenach verlangt und geht gegen die Schleichhändler vor. Die Angreifer des Güterbahnhofs sind noch nicht ermittelt. Der Schaden beträgt über eine Million.

In Mühlhausen und den meisten Vogesentälern ist ein Textilarbeiterstreik ausgebrochen.

In Königsberg wurde der Streik für beendet erklärt, nachdem die Haftentlassung des Unabhängigen Heydemann erfolgt ist.

Nach einem Bericht der lettischen Armee soll die Offensive der Bolschewiken mißglückt sein.

Zu der Meldung, die Entente verzichte auf die Abtretung Ober-Schlesiens an Polen, wird berichtet, daß noch keine Anzeichen für eine derartige Absicht zu erkennen sind.

Die bei den Kundgebungen am 1. Mai in Paris verhafteten begonnen im Gefängnis den Hungerstreik, um dagegen zu protestieren, daß sie im Gefängnis wie gewöhnliche Sträflinge, nicht aber wie politische Gefangene behandelt werden.

Nach einer Mitteilung Bonar Law's im englischen Unterhaus soll neben anderen auch der frühere Kronprinz von der Entente zur Verantwortung gezogen werden.

Die Ablieferung der abzugebenden U-Boote ist beendet. Es sind ausgeliefert: 176 U-Boote, darunter 8 U-Kreuzer, 62 große U-Boote, 64 B-Boote und 42 C-Boote.

Bürgervertreter!

Wir berufen hiermit eine Konferenz sozialdemokratischer Bürgervertreter auf Sonntag, den 1. Juni, vormittags 10 Uhr nach Gützow, Hotel „Mecklenburger Hof“, Mühlentstraße, ein.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Unsere Aufgaben in der Gemeinde.
Referent Landtagsabg. Lüdemann, Schwerin.
2. Die Neuordnung unseres Schulwesens.
Referent Bürgervertreter Lehrer Paul Schröder, Rostock.
3. Die Städteordnung für Mecklenburg.
Referent Landtagsabg. Kröger, Rostock.

Wir ersuchen alle Bürgervertreter-Fraktionen des Bezirks, zu dieser Konferenz Vertreter zu delegieren. Delegierte, die Mittagessen wünschen, wollen dieses rechtzeitig dem Hotelwirt mitteilen.

Der Bezirksvorstand.
J. A.: Wilh. Kröger.

Aus Silber und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 22. Mai.

Abwehrbewegung. Die bei der Handelskammer beschäftigten Stamarbeiter (Träger-Korporation) und Kranführer befinden sich in eine Abwehrbewegung. Veranlassung dazu gab das rigorose Vorgehen der Handelskammer, welche, alles soziale Empfinden außer Acht lassend, altbewährte Träger, die teilweise ein Menschenleben (40 bis 46 Jahre) für die Kaufmannschaft sich abgearbeitet haben und im Alter von über 70 Jahren stehen, entlassen hat, trotzdem sie die Zustimmung gegeben hatte, daß Entlassungen nicht vorkommen sollten.

Die Statistik.

Vor mir liegt ein Brief meines Freundes, eines Arztes in einer weitläufigen Industriestadt. Darin steht der Satz: „Ich habe mir die Mühe gemacht, die Sterberegifter, Krankenblätter der städtischen Krankenhäuser, Kassen durchzugehen daraufhin, wer alles infolge der Unterernährung in den letzten vier Jahren gestorben ist.“ Und dann folgen Zahlen, Zahlen über Zahlen in furchtbarer Höhe. Von dem Papier grinsen sie mich an wie zahnfleischende Totenschädel, wie verzweiflungstrockene ausgeweihte Augen. Es schwinden Raum und Zeit, größlicher, endloser Zug schreitet vorbei. Mütter, deren alte aber noch blanke Augen flimmern wurden, verlöschten vor der Zeit, Mütter, die sich in Hungerkämpfen an den Maschinen wandten, an denen sie Nordwestgezeuge schaffen sollten, Mäbchen, die im Gefängnis dahinstarben, weil sie der leeren Magen getrieben, ein Stück Brot irgendwas zu fressen, Kinder, denen in der Schule der Kopf auf die Bank sank,

„Mein Gott, mein Gott“, sagte sie laut vor sich hin, warum hast Du mich wieder gesund werden lassen? Ich tus doch den Menschen nichts, warum lassen sie mich nicht in Frieden? Hätte ich im Juchthaus gefressen, sie würden es vielleicht schon längst vergessen haben, aber diese Wochen im Jrenhaus vergessen sie mir nicht.“

Der Landbriestträger kam und blieb bei ihr stehen: „Na, Frau Bormann, was sitzen Sie denn hier? Machen Sie doch, daß Sie heimkommen! Ihre Kinder warten sicher off's Essen.“

„Meine Kinder“, sagte sie und stand auf.
Der Briestträger sah ihr nach, wie sie schwerfällig, Schritt für Schritt dem Dorfe zuzug. „Der merkt mers aber noch sehr an, daß sie nich richtig im Kopfe is“, meinte er.

Es war dunkel geworden, die Bauern alle beim Abendessen und die Bormannen kam unbehelligt nach Hause. Die Kinder saßen sie schon von der Seite an, als sie ihnen die Brote schnitt und sie dann zu Bett brachte, alles mit steinernem Gesicht.

Als alle zur Ruhe waren, ging sie zu Pauls Schulbüchern, riß eine Seite aus dem Schreibeheft und schrieb an ihren Bruder: „Lieber Oskar, sei so gut und hole die Kinder morgen bei Dich. Sei gut mit ihnen und mache sie zu braven Menschen. Ich kams nicht. Meine Krankheit hängt mir schlimmer an, als wenn ich im Juchthaus gefressen hätte. Deine unglückliche Schwester.“ Sie wollte den Brief noch auf die Post tragen und horchte an der Kammertür, ob die Kinder auch schliefen. Da hörte sie, wie Paul sagte:

„Du Martha, ich soll Dir von der Schulzen sagen, Du brauchst morgen nich zu kommen, um ihre Kinder zu holen.“

„Warum denn? Geht sie morgen nich aus Gut wachen?“

„Das schon! Aber sie will ihre Kinder lieber von andern verwahren lassen. Es is bange — wegen Rattern.“

„Nimmer wegen Rattern, immer wegen Rattern“, sagte Martha.

Die Bormannsche zog die Tür leise zu, nahm ihren Brief und ging. Am anderen Tage fand man sie im Dorfsteich.

Neueste Nachrichten.

Verteidigung Petersburgs.

Berlin, 22. Mai. (Tel.-Union.) Ein in Stockholm aus Rußland eingetroffener Reisender erklärte, in Petersburg seien 200 000 Mann zur Verteidigung der Stadt zusammengezogen. Sie seien entlassen, die Stadt nur als Trümmerhaufen dem Feinde zu überlassen.

Defizit bei den sächsischen Bahnen.

Dresden, 22. Mai. Die sächsischen Eisenbahnen haben im laufenden Etatsjahre bereits 76 Millionen Mark Zuschuß veranschlagt, der bis zum Jahresschluß voraussichtlich auf 300 Millionen anwachsen wird.

Die Friedensbedingungen für Deutsch-Oesterreich.

Wien, 22. Mai. Die „Bistaz-Zeitung“ erhält von ihrem Züricher Sonderberichterstatter eine Mitteilung über die Deutsch-Oesterreich vorzulegenden Bedingungen, deren Hauptinhalt in folgenden Punkten gipfelt: 1. Bedingungsloser Verzicht auf den Anschluß an Deutschland und Unterlassung jeder den Anschluß in einem späteren Zeitpunkt vorbereitenden Tätigkeit. 2. Prinzipielle Gerechtigkeit zum Eintritt in die Donau-Subjektion; politisch wird Deutsch-Oesterreich naturalisiert. 3. Zahlung eines sehr beträchtlichen Kriegsschadens in Gold. 4. Uebernahme der Kriegsanleihen, die zu einem bestimmten Prozentsatz der Unterlegenen aufgeführt werden. 5. Anerkennung der Grenzen, die Deutsch-Böhmen, Südböhmen, beträchtliche Teile Schlesiens, Südtirol, Kärnten und Steiermark von Deutsch-Oesterreich abtrennen. 6. Volksabstimmung in Westungarn. — Sollte Deutsch-Oesterreich die Bedingungen nicht annehmen, so würde mit der Sperrung der Zufuhr der Lebensmittel vorgegangen und der deutsch-oesterreichischen Republik eine Last auferlegt werden, die ihr auf lange Zeit hinaus jede selbständige Regierung unmöglich machen müßte, da in diesem Falle eine Besetzung nicht in Aussicht genommen sei. — Vogel frei oder stirbt!

Die italienischen Gewerkschaften gegen die Pariser Beschlüsse.

Bern, 22. Mai. Der über 600 000 organisierte Mitglieder zählende Allgemeine Arbeiterverband Italiens nahm Mittwoch auf der Konferenz in Mailand eine Tagesordnung an, worin ausdrücklich erklärt wird, daß die italienischen Arbeiterorganisationen jede direkte oder indirekte Mithilfe an der Antwort der verbündeten und assoziierten Regierungen an die deutschen Beschlüsse ablehnen. Sie protestieren gegen die Beschlüsse der Pariser Konferenz in der Arbeiterfrage, die sich sowohl gegen die Bestimmungen von Leeds 1916 wie von Bern 1918/19 hinwegsetzen. Sie fordern die sofortige Eröffnung der ersten internationalen Arbeiterkonferenz und brandmarken die politische, wirtschaftliche und soziale Vergewaltigungsversuche der Pariser Konferenz.

Griffverlängerung bis 29. Mai.

Paris, 22. Mai. Reuter meldet amtlich: Den Deutschen ist für das Einreichen von Gegenvorschlägen eine Verlängerung der Frist bis zum 29. Mai gewährt worden.

Die Lösung der italienischen Friedensfrage.

Paris, 22. Mai. Die italienischen Friedensfragen sind in ihrer Gesamtheit grundsätzlich gelöst. Die italienische Oberhoheit über Trieste ist gegen wirtschaftliche Sicherheiten für die Jugoslawen und umfangreiche Zugeständnisse in Dalmatien anerkannt worden. Auch die kolonialen Probleme und die Angelegenheit der Verteilung der österreichisch-ungarischen Handelsflotte sind zur allgemeinen Zufriedenheit geregelt.

Das Frauenwahlrecht in Frankreich angenommen.

Amsterdam, 22. Mai. Aus Paris wird gemeldet: Die Kammer hat mit 344 gegen 67 Stimmen beschlossen, daß künftig in Frankreich und Algier die Frauen das Wahlrecht haben sollen und in alle Körperschaften gewählt werden können.

Die Streibewegung in Kanada.

Amsterdam, 22. Mai. Die „Times“ melden aus Winnipeg, daß die Stadt infolge des Generalstreiks, der das gesamte öffentliche Leben lähmt, einer belagerten Festung gleicht. Die Stadt ist vollkommen von der Außenwelt abgeschnitten, und es können keine Lebensmittel in die Stadt. Die Hotels sind geschlossen und die Brotfrage wird immer schwieriger. Der Ausstand verstreitet sich über weitere Teile Kanadas. Die Arbeiter mehrerer Brotfabriken haben beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen, jedoch nur unter der Bedingung, daß der Betrieb unter ihrer eigenen Leitung weitergeht.

Blockadefrage im englischen Unterhaus.

London, 22. Mai. Im Unterhaus stellte Arnold die Frage, ob das Völkerrecht zur Aufrechterhaltung der Blockade nach Abschluß des Waffenstillstandes noch berechtige. Bonar Law erwiderte, diese Frage sei im Völkerrecht nicht geregelt, sie hänge von den Bedingungen des Waffenstillstandes ab. Diese seien im Artikel 26 enthalten.

Die englischen Arbeiter zum Frieden.

London, 22. Mai. Eine Anzahl hervorragender Arbeiterführer, darunter Snowden, Smillie u. a. veröffentlichten ein Manifest, das besagt, der Friedensvertrag enthalte Keime zu neuen Konflikten und müsse so schnell als möglich einer Revision unterzogen werden.

Briefkasten.

Eisenbahner. Wir können Ihre Notiz nur dann veröffentlichen, wenn wir aus derselben erfahren können, von wem sie ausgeht. Um zweckmäßigsten ist es, wenn derartige Notizen aus von den Organisationsleitungen ausgehen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion der „Publikum“ gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Ein soziales Drama.

Im Hansa-Theater wurde vorgestern das soziale Drama „Schuldhaft“ gegeben. Es wäre zu wünschen, daß die Lübecker Arbeiterschaft diesem Stück mehr Interesse entgegenbringt. Der Inhalt des Dramas ist packend und erhebbend. Die Allgemeinheit sollte für solche Aufführungen mehr Interesse zeigen.

Kohlenmangel!

Man liest fast jeden Tag in der Zeitung: Wegen Kohlenmangels mußte der Betrieb eingestellt werden, oder: Das Gaswerk kann wegen Kohlenmangel nur in bestimmten Stunden Gas abgeben. Ich möchte doch die zuständige Stelle darauf aufmerk-

Wutlosigkeit eintritt und der Organismus des Menschen zu Grunde geht. Können sie denn nicht von hieraus sich entwickelnden Haß der Besessenen verstehen? Die Fahndungskommission und Weibtrauenteile der republ. Soldatenwehr.

Dänische Kartoffeln. Einige tausend Zentner dänische Kartoffeln sollen nach der Abhandlung des Lübecker General-Anzeigers vom 19. Mai der Stadt Wüzburg zum Preise von 15 Mk. angeboten sein, wie nach dem Wüzburgener General-Anzeiger vom 14. Mai in der Magistratsitzung offiziell mitgeteilt sein soll. Dazu ist vom Landesverwaltungsamt mit Rücksicht auf die Erhöhung des hiesigen Preises für Kartoffeln auf 40 Pfg. zu bemerken, daß die Reichs-Kartoffelstelle die dänischen Kartoffeln mit etwa 33 Mk. bis 34 Mk. anbietet — der feste Preis ist noch nicht mitgeteilt —, wogegen noch Fracht, die Kosten der Einlagerung und Verteilung, Arbeitslöhne für das Bearbeiten und Sortieren der Kartoffeln und die Kosten für den Schwund kommen, so daß der Einfuhrpreis ein erheblich höherer als 40 Pfg. des Pfd. sein wird. Die Mitteilung aus Wüzburg enthält offenbar einen Irrtum oder einen Druckfehler. Näheres wird von hier aus noch festgestellt werden. Im übrigen kann aber darauf hingewiesen werden, daß beispielsweise die holländischen Kartoffeln, welche der gleichen Preisunterstützung unterliegen wie die dänischen, der Stadt Bremen das Pfd. mit 52 Pfg. einsehen und mit 45 Pfg. an die Verbraucher gelangen. Ebenfalls stellt sich in Solingen der Selbstkostenpreis einschließlich der Kosten der Verteilung für die Stadt auf 52 Mk. für den Zentner und der Preis ist dementsprechend für die höheren Einkommen auf 60 Pfg. des Pfd., für die geringeren Einkommen auf 25 Pfg. des Pfd. festgesetzt. In Hamburg ist ein Einheitspreis von 40 Pfg. festgesetzt. Während in Lübeck diese Woche ein für die Einkommen bis zu 3000 Mark und bei höherem Einkommen bis zu 6000 Mk. eine Ermäßigung des Kartoffelpreises auf 20 Pfg. Maß greifen.

Neuer die Kunst im alten Lübeck sprach am Dienstag abend Herr Direktor Professor Dr. Schäfer im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Der Vortrag war von der Arbeiterschaft der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft veranstaltet. Der Redner wies in formvollendeter Ausprägung auf die vielen schönen Stellen des kunstreichen Lübecks hin und erteilte aufstimmend Dank der Zuhörer, deren Aufmerksamkeit er nahezu 2 Stunden lang zu fesseln konnte. Anwesend waren annähernd 1500 Personen. Die große Teilnahme hat den Redner sehr erfreut, daß die Arbeiterschaft das Verlangen hat, ihre Bildung zu vergrößern, wenn es die Verhältnisse nur irgendwie gestatten. Es ist zu wünschen, daß diese Veranstaltungen weiter fortgeführt werden, zum Wohle der Arbeiter und zum Wohle des ganzen Volkes.

Statistischer Monatsbericht über die Stadt Lübeck im Monat April 1919. Die natürliche Bevölkerungsbewegung war im April folgende (die einzelamterten Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr): Geburten 127 (129), Geburten 107 (134), Sterbefälle 148 (140). Unter den Geborenen waren 20 oder 18,7 Proz. (19 oder 13,4 Proz.) unehelich. Das Alter der Geborenen betrug im 11 (10) Jahren unter 1 Jahr und in 40 (34) Fällen über 70 Jahre. Todesursache war 24 mal Tuberkulose, 18 mal Sumpfschindeldrüse und je 12 mal Krankheiten der Atmungs- und Kreislauforgane. Anzeigepflichtige Krankheiten wurden 65 gemeldet, 46 mal Diphtherie, 18 mal Scharlach und 1 mal Typhus. Gewalttaten 5 durch Verunglückung, 7 und zwar 2 durch Selbstmord und 5 durch Verunglückung. Unter den Geforderten waren 6 Kriegsteilnehmer.

In das Handelsregister ist eingetragen: 1. Die Firma „Gemeinnützige Gesellschaft für Möbelherstellung mit beschränkter Haftung“ Lübeck. Gegenstand des Unternehmens: Herstellung preiswerter Haushaltsmöbel für minderbemittelte Kriegsgealterte und Kriegsteilnehmer innerhalb des Staatsgebietes Lübeck. Stammkapital 252 500 Mk. Geschäftsführer Ernst Hugo Wiedow, Kaufmann in Lübeck. 2. Die Firma „Lübecker Kunst- und Antiquitätenhaus, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ Lübeck. Gegenstand des Unternehmens: An- und Verkauf von Gegenständen des Kunst- und Antiquitätenhandels sowie die In- und Verkauf von Taktionen solcher. Stammkapital 50 000 Mk. Geschäftsführer Carl Axel Kollin, Kaufmann in Lübeck.

Schwartau. Gegen den Gewaltfrieden demonstrierte hier gestern die Arbeiter- und Einwohnerchaft von Schwartau-Kenfelde in einer stark besuchten Volksversammlung im „Lübecker Hof“. Einsehend setzte Genosse Stalling die unmenschlichen Verträge auseinander, die die Entente und durch den Friedensvertrag auferlegt sind. Die Durchführung dieses Vertrages bedeute Arbeitslosigkeit, Hunger, Elend, Siedum und Tod für Millionen Deutsche. Eine Resolution, in der gegen die Vergewaltigung protestiert und das Proletariat aller Länder zum Kampf gegen die imperialistische Gewaltspolitik aufgefordert wird, fand einstimmige Annahme.

Schwartau-Kenfelde. Parteiverammlung. Es wird darauf hingewiesen, daß am Freitag, dem 28. ds. Mts., eine Mitglieberversammlung des Sozialdemokratischen Vereins stattfindet, in welcher auch die Wahl von Delegierten zur Generalversammlung vorgenommen werden muß, da auf der Generalversammlung wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, ist das Erscheinen der Genossen und Genossinnen dringend notwendig.

Schwartau-Kenfelde. Freie Jugendorganisation. Endlich ist es dem Vorstand der Jugendorganisation gelungen, die Organisation, die durch die Einziehung der Genossen gänzlich lahmgelegt wurde, wieder ins Leben zu rufen. Es wird nun die erste Zusammenkunft am kommenden Sonntag abend, 24. Mai, abends 7 1/2 Uhr im Gasthof „Kranke“ stattfinden und Sonntag von 2-4 Uhr werden Spiele im Freien veranstaltet. Es ist Pflicht der Genossinnen und Genossen, ihre Kinder in die Arbeiter-Jugendorganisation zu senden und nicht in die Veranstaltungen der Bürgerlichen, wie es leider bisher der Fall war.

Segeberg. Aufklärung eines Verbrechens. Im Moor zwischen Nasse und Nienwöhl wurde gestern die Leiche der seit dem 2. Februar 1918 verschwundenen Frau Veemöller aus Nienwöhl gefunden. Frau V. war am genannten Tage nach Nasse unterwegs, ist jedoch nicht eingetroffen. Der Verdacht eines Verbrechens wurde damals sofort laut. Tatsächlich wurden etwa zehn Tage später ihre Streif, Klinge usw. bei dem Wörder des Nachtwächters Leegen zu Jhrest gefunden. Der Wörder, ein russischer Kriegsgefangener, bestritt bis jetzt das Verbrechen; er will die Sachen von dem großen Unbekannten gekauft haben. Es konnte bis zur Aufklärung der Leiche gerichtlich gegen ihn nicht eingeschritten werden.

Wilhelmsburg. Lebendig verbrannt. Auf entsetzliche Weise ist der Arbeiter Otto Heimberg aus Wilhelmsburg ums Leben gekommen. Heimberg war in den Wilhelmsburger Zimmern an der Neuhofstraße mit dem Umhören von glühenden Schlackenblöcken beschäftigt. Plötzlich explodierte ein Schlackenblock. Die glühende Masse setzte die Kleidung des Heimberg in Brand, wobei er furchtbare Brandwunden erlitt. Doch lebend schaffte man den Mann ins Marienkrankenhaus, wo er bald darauf starb.

Hamburg. Vom Spiel in den Tod. In der Bramfelderstraße lief die Fährige Karla Nide über den Fahrdamm, als ein Wagen der Firma Hermann Reig heranzog. Die Kleine geriet unter den Wagen und wurde überfahren. In sterbendem Zustand schaffte man das Kind ins Warmbeker Krankenhaus, wo es als Leiche anlangte.

Sawerin. Der mecklenburgische Landtag wurde wieder eröffnet. Vom Staatsminister und allen Parteiführern wurden Erklärungen abgegeben, daß der von der Entente vorgelegte Entwurf zum Gewaltfrieden für ganz Deutschland und für Mecklenburg unannehmbar sei. Der Präsident stellt die Einmütigkeit in dieser Beziehung fest.

die kraftlos nach Hause getragen werden mußten, einmal, zweimal, bis ihr Pulsgang aussetzte, Säuglinge, die an der Mutter verhungerten. Eine drohende Sprache neben die Statistiken; die Toten schweigen nicht, in der Unzufriedenheit des Volkes, in seiner dumpfen zu Gewalttaten geneigten Stimmung reden sie, fordern sie ihr Recht, das Recht der Strafe für die, die schuldig.

Die Toten schweigen nicht. Aus den Blättern steigen die Bilder dorer herauf, die sich zu Tode schürften aus Angst vor dem Hunger; ihre kraftlosen, kümmerlich dahinschleudenden Kinder schreien Brot, Brot! Wer schafft es, kann es schaffen? Besinnt euch, Arbeiter!

Die Toten schweigen nicht. Mit hölzernen Gesichtern liegen die im Grabe, die um eines Bissen Brotes, von dem überwollter Tisch des Reichen genommen, im Gefängnis verhungerten; ihr Haß, ihr heftendes Raunen von denen, die mit Schuld an ihrem Tode waren, weil sie ihren Reichtum benutzten, ihnen das bishigen Nahrung wegzukaufen, schwebt in der Luft, in den Armelquartieren der Städte. Ihre Finger weisen auf die, die im Kriege, der ihnen Elend und Tod brachte, gewonnen und geschlemmt. Ihre Kinder leben und horchen ihrem Haß, und sehen ihren Fingerzeig. Hütet euch, ihr behändigen Bürger, euer Schlamme ist hoch! Hütet euch, seid klug, daß sich der Haß nicht entlade!

Die Toten schweigen nicht. Sie schweigen nirgends in der Welt. Eine blutige, wackende Flammenchrift die ungeheure Zahl am Himmel der Welt, Anfluge und Warnung zugleich. Besinnt ihr die Warnung, Führer Englands, Frankreichs, Americas!

Hilfe für die erwerbslosen Seeleute.

Für die durch die Hingabe der deutschen Handelsflotte an unsere Feinde erwerbslos gewordenen deutschen Seeleute aller Grade haben sich die im Aktionsausschuß seemannischer Berufsverbände vereinigten seemannischen Berufsverbände nachdrücklich bei der Reichsregierung verwandt, um für sie Hilfe und vor allem Dingen Arbeitsmöglichkeiten zu erwirken.

Im Reichswirtschaftsministerium fand diererkalb eine Konferenz aller beteiligten und interessierten Kreise statt. Die freigegebenen Arbeitsstellen der Seeleute und deren Interessen vertrat nachdrücklich Paul Müller-Hamburg namens des Seemanns-Berufsverbandes und des Aktionsausschusses. Er stellte die Frage an die Reichsregierung, zunächst nach einer Barabfindung in Form eines Abstoppergeldes in Höhe einer monatlichen Steuer und fordernde mit Nachdruck die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für die erwerbslosen Seeleute in anderen Berufen.

Eine zentrale Beratungsstelle mit dem Sitz in Hamburg sei dringend erforderlich und müsse vom Reich finanziert werden. Diese zentrale Beratungsstelle müßte mit allen in Frage kommenden Arbeitsnachweiser in Fühlung stehen. Es komme hauptsächlich darauf an, über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den neuen Berufen den Seeleuten die erwünschten Aufklärungen rechtzeitig zu geben. In der Landwirtschaft müsse für entsprechende Wohnräume gesorgt werden.

Alle beteiligten Kreise versprachen, den erwerbslosen Seeleuten nach besten Kräften und nach Möglichkeit helfen zu wollen. Gegen das von Paul Müller geforderte Abstoppergeld wurden regierungstrotzig prinzipielle Bedenken geäußert, jedoch wurde die Entscheidung ausgesetzt. Ueber die Errichtung einer zentralen Beratungsstelle wird schnellstens entschieden werden.

Für Kanalbauern werden sofort 2-3000 Mann angefordert, in den Heuerbürens und Arbeitsnachweiser sind entsprechende Bekanntmachungen erfolgt.

Entschließung der Zentrumspartei in Lübeck gegen den Gewaltfrieden. In einer am Montag, dem 19. Mai, abends 7 Uhr, im Grünen Saal des Stadttheaters abgehaltenen, von circa 400 Personen besuchten Versammlung der Zentrumspartei in Lübeck gelangte einstimmig folgende Entschließung zur Annahme: Hunderte Mitglieder der Zentrumspartei in Lübeck erheben schärfsten Einspruch gegen den dem deutschen Vaterlande zugewandten Gewalt- und Schmachfrieden, der den feindlichen Seiten gegebenen Zusagen widerspricht. Sie fordern einen Frieden der Gerechtigkeit und Völkerverständigung. Sie erklaren die Reichsregierung, für einen Frieden einzutreten, der die Ehre des deutschen Volkes nicht verleiht, seine Lebensbedingungen nicht untergräbt. — Diese Entschließung ist dem Ministerpräsidenten Scheidemann übermittelte.

Einer, der nicht darbt. Herr Sastian schreibt: Zu dem zweiten Hausuchungsbericht der „Fahndungskommission der republikanischen Soldatenwehr“ nehme dankend Stellung, da er im ganzen objektiver gehalten ist. Ueber die gefundenen Ferkel anderer Leute brauche ich mich nicht zu äußern, auch nicht über den der Hansa-Matrosen gehörigen Käse und Talg. Wenn die Käiber jetzt bei Beginn der Weidzeit mit Erlaubnis der Weide zugeführt wurden, so ist auch das in Ordnung, denn dazu wurden sie großgezogen. Zu den „einigen Dosen verdorbenen Fleisch“ darf ich bemerken, daß beim Einmachen von Speisen in Metallgläsern jetzt bei dem schlechten Kriegsgummi es wohl vorkommen kann, daß ein Teil der Dosen sich öffnet. Wenn jede Hausfrau, der dieses passiere, in die Zeitung käme, bliebe keine über und das Zeitungspapier würde knapp. Uebrigens sagt man mir, daß bis auf eine Dose das Fleisch vermerkt sei, auch das Fett im Topf, welches man fand. Die Behauptung aber, der Speck sei „durch kleine Stüde zerlegt, ja teilweise verschmunden“, darf im Interesse der Wahrheit nicht unwidersprochen bleiben, auch verweise ich auf folgende Widersprüche: Erste Hausuchung: der fraglichen Porzelle (man nannte sie 25 Speckseiten) zusammen 11. Polizeibericht 60-80 Pfund. Hinweis von mir, die Stücke zu wiegen. Bites unbeachtet. Schätzung aller 25 Speckseiten zusammen auf 60-80 Pfund bleibt bestehen. Ich ermittelte dann später allein mit Waage 117 Pfd. 400 Gr., hätte ich da vertuschen wollen, brauchte ich doch nicht 37-57 Pfund mehr herauszuwiegen, sondern konnte den Porzatt auf 60-80 Pfd. laut Polizeibericht abstimmen. Zweite Hausuchung findet also 37-57 Pfd. mehr, bei gleicher Stückzahl, und nun sollen Stücke umgetauscht und verschmunden sein. Das werden viele nicht verstehen und auch ich nicht. Bitte lieber Leser, überlege selbst. Zur Bemerkung, man hätte erwogen für mich zu sammeln, nehme ich nicht Stellung, da es mir zu ernst ist, wenn ein Mitbürger derart ungerecht beschuldigt wird, wie ich es in den Berichten erlebte. Daß der zweite Bericht auf eine Richtigstellung betr. die sieben fetten Schweine, welche in Wirklichkeit fünf Fuchschweine und zwei Mastschweine von 150 Pfund lebend sind, ferner von der Kiste Keks, welche zur Pappschachtel wurde, von dem Krug Butter, welcher in der Tat nur 1/2 Pfund enthielt, usw. usw. nichts erwähnt, läßt mich annehmen, daß dazu nichts zu sagen ist. Immerhin danke ich für die zweifelslos objektive Art der zweiten Berichterstattung nochmals und will ich gern annehmen, daß die Fahndungskommission nur der Sache zu dienen glaubte. Alle weitere Aufklärung in den kritischen Fällen wird ja das Gerichtsverfahren bringen.

Sastian.

Nach ein Samstager. In der Mühlenstr. 37 bei Herrn Draht wurde seitens der Fahndungskommission der republ. Soldatenwehr eine Hausuchung nach Lebensmitteln vorgenommen. Hierbei zeigte sich wieder so recht die christliche Nächstenliebe der Besessenen, denn es wurden vorgefunden: 46 Wfd. Speck, 85 Wfd. Schinken, 9 Pfund Schweinefleisch, 18 Pfund Mettwurst, 173 Pfund Weizenmehl, 80 Pfund Gersten, außerdem 19 große Gläser mit Kalbfleisch und ca. 5 Pfund eingepökeltes Rindfleisch. Eigentümer dieses ist kein Selbstverwalter. Die beschlagnahmten Sachen wurden der hiesigen Kriminalpolizei übergeben. Man sollte eigentlich erwarten, daß in dieser ersten Zeit jeder sein Teil dazu beitragen würde, seine Mitmenschen vor dem Hunger des Hungers zu schützen. Immer und immer wieder ertönt der Mahnruf „arbeiten“, damit wir Werte schaffen. Bedenken denn solche Leute nicht, daß mit ausgepökelten Knochen eine

Jan machen, daß auf der Lübeck-Büchener Eisenbahn nicht zentnerweise, sondern waggonweise Kohlen zwischen der Schlage umkommen. Sollte es aber einem Arbeiter einfallen, sich die Kohlen auszulernen, und er wird dabei getroffen, daß er sie mit nach Hause nimmt, so ist er natürlich ein Dieb. Aber unkommen dürfen die Kohlen waggonweise. — Ferner möchte ich anfragen, wie es aussieht, daß ein Oberbeamter 15 Zentner Koks und ein Arbeiter nur 2 Zentner Koks bekommt. Der Oberbeamte hat auch Gas in seinem Hause und ihm stehen deshalb doch auch nur 2 Zentner Koks zu. Oder sollte es der Standesunterschied machen. Oberbeamter — Arbeiter.

Literarisches.

Der Ententefrieden und die Arbeiterklasse ist der Titel einer Broschüre von Adolph Braun, die soeben im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“ erschienen ist. In ihr wird vom Standpunkt der Arbeiterklasse auseinandergesetzt, warum die

Friedensbedingungen der Entente für die Arbeiterklasse, für den Sozialismus, für die Sicherung und Fortführung der Errungenschaften der Revolution unannehmbar sind. Die Verbreitung der Broschüre, die in einer Massenaufgabe hergestellt wird, ist eine politische Notwendigkeit, sie liegt im höchsten Maße im Interesse der Arbeiterklasse. Der Preis für ein Exemplar beträgt 40 Pfg. bei Massenbestellungen gewährt der Verlag erheblichen Rabatt. Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Lübeck, Johannisstraße 46.

Sozialistische Bücherei. Infolge der großen Bedeutung, zu welcher die Sozialdemokratie als mächtigste Partei im Staate gelangt ist, beschäftigt sich jedermann mit den Fragen des Sozialismus. Um das Eindringen in die Probleme zu erleichtern, welche gegenwärtig die wichtigsten sind, läßt die Wiener Volksbuchhandlung eine Sammlung von Schriften „Sozialistische Bücherei“ erscheinen. Als erstes Heft wurde in diese Sammlung die Schrift „Der Weg zum Sozialismus“ (Preis 2 Kr.) aufgenommen, deren Verfasser der Präsident der Sozialisierungskom-

mission, Staatssekretär Dr. Otto Bauer, ist. Ferner ist erschienen: „Kätebittatur oder Demokratie?“ (Preis 1 Krotz, Vereinsausgabe 20 Heller). Das dritte Heft der Sammlung bringt eine den Arbeitern, Soldaten und Bauernräten Deutsch-Osterreichs gewidmete Schrift von Alexander Tändler, Redakteur der Arbeiterzeitung: „Kätearbeit und Nationalverteidigungstragödien in Revolutionen“ (Preis 1,20 Kronen). Das vierte Heft der Sammlung ist betitelt: „Die Sozialisierung und der neue Geist der Zeit“ (Preis 2 Kronen). Das fünfte Heft der Sammlung bringt den Vortrag von Karl Rautsky auf dem Kongress der Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte Deutschlands über die „Sozialisierung und die Arbeiterkräfte“ (Preis 1 Mk.) gehalten hat. — Die Schriften sind durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Lübeck, Johannisstraße 46, zu beziehen.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Bauer, Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Ausgabe von Gutscheinen für die Verbilligung von Kartoffeln.

Das Landesversorgungsamt bestimmt hierdurch:

I. Haushaltungsvorstände ohne steuerpflichtiges Einkommen oder mit einem solchen bis zu M. 3000.—, ferner solche mit einem Einkommen von mehr als M. 3000.— bis M. 6000.—, welche auf Grund des § 6 des Einkommensteuergesetzes nur die halbe Steuer zahlen, weil sie eine Familie von mindestens 5 Personen ernähren, können in der Städtischen Kartoffelstelle Gutscheine in Empfang nehmen, durch welche das Fund Kartoffeln um 20 Pfg. ermäßigt wird. Die Gültigkeit der Gutscheine beginnt mit dem 26. Mai d. J.

II. Die Gutscheine werden vom 26. d. M. an in der Städtischen Kartoffelstelle, Königstraße 18, L., geöffnet von 8 bis 4 Uhr. Zunächst an die Haushaltungsvorstände der Einkommenssteuerbezirke I. und 2 der inneren Stadt auszugeben. Voraussetzungen sind der Stenerzettel für das laufende Steuerjahr oder eine Bescheinigung des Steueramtes, wonach der Inhaber nicht zur Steuer veranlagt ist, ferner der Ausweis zum Bezuge von Lebensmitteln und endlich die grüne Kartoffelkarte.

III. Die Gutscheine dienen lediglich zur Verbilligung der von den Händlern zum Preise von 40 Pfg. zu verteilenden Kartoffeln, soweit diese vom Landesversorgungsamt bezogen sind. Für jedes vom Händler zum ermäßigten Preise von 20 Pfg. abzugebende Fund Kartoffeln darf nur ein Gutscheinabschnitt verwendet werden.

IV. Der Händler hat die Abschnitte zu je 100 auf einen Bogen zu kleben und den Bogen bei der Städtischen Kartoffelstelle gegen Empfangnahme von M. 20.— einzuliefern.

V. Zuwiderhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 22. Mai 1919. 2460

Das Landesversorgungsamt.

Bekanntmachung betreffend Fleischverkauf.

In der Woche vom 19. bis 25. Mai 1919 werden für erwachsene Personen 200 Gramm Rindfleisch oder 400 Gramm Schweinefleisch für Kinder unter sechs Jahren die Hälfte ausbezogen. Frischfleisch ist nur, solange der Vorrat reicht, erhältlich. Der Preis für das Rindfleisch beträgt M. 4,30 für das Fund. Die auf Grund ärztlichen Attestes an Kranke angeteilten Mengen frischen Fleisches sind nur bei dem Schlachtereister Wilhelm Bahltz, Holtenstraße 3, zu entnehmen.

Die Fleischkarte muß von den Lebensschlechtern am Freitag Vormittag bei den in Betracht kommenden Fabrikanen abgeliefert werden.

Lübeck, den 20. Mai 1919. 2438

Das Landesversorgungsamt.

Ausgabe von Bucheckernöl.

Die Ausgabe des Bucheckernöls wird mit dem 31. Mai d. J. geschlossen. Abzugsscheine, die bis zu diesem Zeitpunkte bei der Firma Heinrich Heikendorf nicht vorgelegt sind, verlieren ihre Gültigkeit.

Lübeck, den 21. Mai 1919. 2437

Das Landesversorgungsamt.

Landesvorstand.

Quint, den 13. Mai 1919.

Zum Schutze gegen Fälschungen ist eine Neugestaltung der Reisbrotmarken erforderlich geworden.

Die Reisbrotmarken neuen Modells werden vom 16. Mai d. J. ab zur Ausgabe gelangen.

Um ein Aufbrauchen der bisherigen Marken zu ermöglichen, wird für ihre weitere Verwendung eine Ubergangsfrist bis zum 30. Juni d. J. einschließlic festgesetzt. Wühin sind bis zum 30. Juni d. J. sowohl die alten wie die neuen Marken nebeneinander in Geltung, vom 1. Juli 1919 ab aber nur die Marken neuen Modells.

Dem Verbraucher können bis zum 30. Juni einschließlic die bisherigen Marken bei den Stadtmagistraten und Gemeindevorständen in neue umgetauscht werden. Nach dem 30. Juni findet ein Umtausch nicht mehr statt.

Mahlstedt. 2450

Jede Anzucht von Kartoffeln, Gemüse und Früchten aus dem Stadtbezirk der Gewerbe Bad Schwartau in einen anderen Kommunalbezirk ist nach § 12 der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfstellen und die Versorgungsregelung vom 25. 9. 15 verboten.

Diesemigen Haushaltungen und Betriebe, welche obige Früchte zu verkaufen beabsichtigen, haben diese zunächst dem Stadtmagistrat zum Kauf anzubieten.

Jur Abrechnungssache kann der Stadtmagistrat Erlaubnis erteilen zur Ausfuhr nach auswärts ausgeben.

Jede Preisüberschreitung wird zur Anzeige gebracht.

Stadtmagistrat Bad Schwartau. (Schwärtungssache.) Francke.

2451) für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Silbernen Hochzeit danken herzlich. 2436

Johs. Kann u. Frau. Lübeck, Radesbuerer Allee 36.

Ja lassen gesund eine gut erhaltene ihm a. w. Ladeneinrichtung oder Holzbohle mit Versteige. 2455

St. Nikolai 11. 2436

Komplettes wenig gebrauchtes Dampfbrot zu verk. 2457

Zu verk. in der Exp. d. Bl. Zu verk. e. blauer Wiederrud (neu) sowie 2 Amberhüte für d. Alter von 5-8 Jahren. 2436

Ein ganz neuer moderner Vordachhut zu verkaufen. 2436

3. pert. 1 B. m. Stiebel, Gr. 54. 2491) Meierstraße 9 bl.

Zu verk. 3 helle Kinderkleider für 1-3 Jahre, 1 weisse Kappe (Vocharbeit), 1 schw. Kostümjacket u. 1 B. Damen-Stiefel, Gr. 38, zu vertauschen. 2446

Ein nicht zu junges ordentl. Mädchen. 2441) Schönböckener Str. 24.

Fahrrad-Reifen. Kaufen Sie billig bei 2447 E. Geitz, Berlin W 85, Abt. 294. Verlangen Sie Gratis-Prospekt.

Kleine Wohnung a. vermieten. 2452) Schlumacherstr. 5/11.

Sofort lieferbar! 2456 Salzgurken, Süßkisse, gefüllter Himbeer, Zitronen- und Kirscheextrakt, Dr. Gänthers Sparpulver (früher Glycerin), Vanillinmilchzucker.

Sußbodenwachsöl, Schönkreme, Wachsmitel (genau wie grüne Seife zu verwenden). Ludw. Wiegels, Fischergr. 60, Fernspr. 8647.

Für unsere Kesselfabrik und Apparate-Bauanstalt suchen wir per sofort mehrere tüchtige Kesselschmiede, die speziell in der Reparatur von Lokomotivkesseln Erfahrung haben.

Berlin-Burger Eisenwerk Aktiengesellschaft, Burg bei Magdeburg. 2449

Sozialdemokratisch. Verein

Sonntag, den 25. Mai, von 9 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm.

finden die

Urwahlen der Delegierten zum Parteitag in Weimar

in folgenden Lokalen statt:

Innere Stadt u. Häxtertor: Gewerkschaftshaus, Zimmer 1.

Holstentor-Nord: St. Lorenz-Kegelhalle, Waisenhoffstraße 23.

Holstentor-Süd: Himmelsleiter, Margaretenstr. 9.

Mühlentor: Bredes Restaurant, Kronsf. Allee und bei Schönlag, Gde. Radesb. Allee-Rathhorststr.

Burgtor (Marli): Groth, Rottwiststraße.

Burgtor (St. Gertrud): Louisenlust, Eschenburgstraße.

Travemünde: Kolosseum, Zorstraße.

Kücknitz—Siems: Restaurant Faase.

Moisling: Kaffeehaus.

Schlutup: Gasthaus zur Linde (Saborowski).

Trems-Vorwerk: Gastwirtschaft Fritz Leeke.

Moorgarten: im Wachholderkrug.

Büssau—Kronsförde: Königs Gasthof.

Schönböcken: Steinrader Baum.

Es ist jedem Mitglied gestattet, das Lokal zu benutzen, das ihm am nächsten liegt. In den ländlichen Ortsgruppen bildet der Ortsvorstand die Wahlleitung. In allen Lokalen sind die Boten anwesend, um eventuellen Restanten Gelegenheit zum Beitraggeben zu geben.

Genossinnen und Genossen! Beteiligt Euch zahlreich an der Wahl!

2439) Der Vorstand.

Zur Aufklärung!

der im Umlauf befindlichen Gerüchte halten wir uns für verpflichtet zu erklären, daß die Schwäne, welche sich auf der Hansa-Reihere befinden, nur mit solchen Abfällen gefüttert sind, welche für die menschliche Ernährung nicht in Frage kommen. 2433

Der Arbeiter- u. Angestelltenverein der Sanitärerier G. u. L. S. Lübeck. F. Benecke, A. Kuhlmann, G. Schulze.

Athleten-Klub „Hansa“ von 1888.

Der wegen Landestrainer abgelegte Gr. Ball findet am Sonnabend, dem 24. Mai 1919 in den Central-Hallen statt. Anfang 6 Uhr. 2440

Waisenhof. TANZ.

H. Möllers Berg-u. Talbahn auf dem kleinen Exerzierplatz Fackenburg Allee. Geöffnet von nachmittags 3 Uhr an. Amüsant für groß und klein. Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein Der Besitzer.

Neu-Lauerhof. Heute Freitag Gr. Tanz. Anfang 6 Uhr. Gr. Orchester, 7 Musiker Harmonika-Klub. Jeden Sonntag: Tanz. Anf. 4 Uhr. 2444

Hansa-Halle

Morgen Freitag: Gr. Tanzkränzchen. 2454

Alle Arbeiter kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei 2442 Otto Albers Markt 4. Kohlmarkt 10. Mitgl. des Rab.-Sparv. Cubeca.

Deutscher Eisenbahner-Verband. Ortsgruppe Lübeck. Mitglieder-Versammlg. am Freitag, dem 23. Mai abends 7 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses Johannstraße 50-52. Tagesordnung: 1. Lohnbewegung. 2. Verschiedenes. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend erforderlich. Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden. 2439) Der Vorstand.

Bilderleisten einrahmungen Oscar Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808.

Haltbare Herrenstoffe in 4 Farben, Mtr. 59 Mk. Damen - Kostümstoffe in blau und schwarz. Aug. Janensch, Sandstraße 6. 2438

Zirkus Hermann Althoff Lübeck. 2458 Kleiner Exerzierplatz Fackenburg Allee. Täglich abends 7 1/2 Uhr: Das neue Programm! Sonnabend u. Sonntag: 2 Vorstellungen um 4 Uhr u. 7 1/2 Uhr 2 Karten-Vorverkauf: Zigarrenhaus Hinrich Buse, Breite Str. 55.

Kartenbriefe sind vorrätig. Buchdruckerei Fr. Meyer & Co. Sozialdemokratischer Verein Schwartau-Rensefeld. Mitglieder-Versammlg. am Freitag, dem 23. Mai abends 7 1/2 Uhr. im Lok. des Herrn W. Hüprecht Gasthof Transvaal. Um zahlreiches Erscheinen ersucht 2448) Der Vorstand.

HANSA THEATER Donnerstag: Uraufführung! Wenn die Maske fällt. Freitag, abends 7.15 Uhr: Auf Anregung der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Die Schiffbrüchigen. Ein Theaterstück von Brioux. Kinder unt. 15 Jahren keinen Zutritt. 2445

An die organisierten Arbeiter aller Länder.*

Arbeiter! Genossen!

Die am 13. und 14. Mai in Berlin versammelten Vorstände der Gewerkschaften Deutschlands haben mit Abscheu Kenntnis genommen von der brutalen Erdrosselung des deutschen Volkes, die der Imperialismus der Westmächte durch seine jetzt bekanntgegebenen Friedensbedingungen herbeizuführen entschlossen ist.

Die deutschen Gewerkschaften erkennen durchaus an, daß die durch den Krieg angerichteten Verwüstungen in Belgien und Nordfrankreich wieder gutgemacht werden müssen, und Deutschland hat längst seine Bereitwilligkeit erklärt, nach besten Kräften daran mitzuwirken. Das deutsche Volk hat nicht die Absicht, sich diesen Verpflichtungen zu entziehen.

Aber diese Friedensbedingungen der Entente stellen einen imperialistischen Gewaltfrieden schlimmster Art dar. An Stelle des versprochenen Rechtsfriedens, der die Veröhnung der Völker und das Ende aller blutigen Kriege bringen sollte, wird hier ein Volk von 70 Millionen zu Heloten und Sklaven des alliierten und assoziierten Kapitals der Weststaaten gemacht.

Deutschland soll seiner besten Wirtschaftsgebiete beraubt werden. Franzosen, Belgier und Polen wollen wichtige Teile unserer landwirtschaftlichen und industriellen Produktion an sich reißen. Ein Viertel unseres Ernährungslandes, das ohnehin für unsere Volksernährung bei weitem nicht ausreicht, 35 Proz. unserer Kohlengebiete und mehrere der wichtigsten Erzlager werden gewaltsam von Deutschland abgetrennt. Die deutschen Kolonien werden annektiert. Unsere Handelsflotte, die vor dem Kriege die zweite der Welt war, wird an die 10. Stelle herabgedrückt, sobald der durch den Gewaltfriedensvertrag begründete Raub der deutschen Handelsschiffe erfolgt sein wird.

Die finanziellen Verpflichtungen, die uns in der Form unermesslicher und noch nicht endgültig festgesetzter Kriegsschuldungen auferlegt werden sollen, machen auf wenigstens 50 Jahre das deutsche Volk, insbesondere seine Arbeiter, zu Lohnsklaven der Kapitalisten der Weststaaten. Für die nächsten fünf Jahre allein sollen wir neben den von der Entente selbstherrlich festzusetzenden Milliarden an Vorschüssen jährlich etwa 40 Millionen Tonnen Kohle an Frankreich, Belgien und Italien liefern, während unsere Kohlenausfuhr überhaupt vor dem Kriege nach Abrechnung von 10,38 Millionen Tonnen Einfuhr nur etwa 20 Millionen Tonnen betrug. Dadurch sowie durch die sonstigen Graben- und unehrernten wirtschaftlichen Fesseln wird unsere ganze Industrie lahmgelegt und die deutschen Arbeiter werden zu Arbeitslosigkeit, Not, Elend und Auswanderung verurteilt.

Das ist der „Frieden“, den die Staatsmänner der feindlichen Mächte dem deutschen Volke auferlegen wollen, nachdem es im Vertrauen auf den versprochenen und von allen Kriegführenden angenommenen Rechtsfrieden des Präsidenten Wilson die Waffen niedergelegt hatte und in der Revolution unter Führung der deutschen Sozialdemokratie an die Verwirklichung des Sozialismus herangegangen entschlossen war. Dieser „Frieden“ ist nicht nur eine mit anderen Mitteln bewerkstelligte Fortsetzung des Krieges gegen das deutsche Volk, sondern er bedeutet zugleich ein Attentat des vereinigten Kapitals gegen den Sozialismus.

Davon zeugt auch das Kapitel des Vertragsentwurfs über das internationale Arbeiterrecht. Nicht eine der von den Gewerkschaften aller Länder in Leeds 1916, Bern 1917 und 1919 erhobenen Forderungen zum Schutze der Arbeiter aller Länder gegen die kapitalistische Ausbeutung wird verwirklicht. Lediglich eine neue Organisation der früheren Arbeiterkonferenzen soll durchgeführt werden, aber in einer Form, die alle Entscheidung in die Hände der Bürokraten und Unternehmer legt und dann noch den einzelnen Staaten das Recht gibt, einen mit zwei Dritteln gefaßten Mehrheitsbeschluß abzulehnen.

* Wir brachten vor einigen Tagen einen Auszug aus diesem Aufsatz. Raum mangels wegen mußte dies wichtige Dokument zurückgestellt werden.

Da der neue Völkerbund zunächst weder Rußland noch Deutschland oder die im Kriege neutralen Staaten einschließt, werden die Arbeiterrechte von dem internationalen Großkapitalismus und den kulturell und industriell rückständigen Staaten der Welt bestimmt werden. Das ist nichts als eine Verhöhnung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Länder und ein Trutzbündnis des Kapitals gegen den internationalen Arbeiterkampf.

So präsentiert sich dieser „Friedensvertrag“ der Entente-Staatsmänner als ein Schlag gegen das Proletariat der Welt. Wie vor über 100 Jahren die feudale Reaktion Europas sich gegen die Republik der großen französischen Revolution zur Rettung der Monarchien vereinigte, so erleben wir jetzt unter Führung der Westmächte eine Verschwörung des internationalen Kapitalismus gegen den Sozialismus und die soziale Revolution des Proletariats.

Gegen diese Vergewaltigung, erheben die Gewerkschaften Deutschlands Protest. Sie dürfen für sich in Anspruch nehmen, in der Bekundung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse nie zurückgeblieben zu haben, und sie glauben daher an die Arbeiter aller Länder appellieren zu dürfen, sich diesem Protest gegen die Vergewaltigung durch das internationale Kapital anzuschließen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wie der Grenzschutz wütet.

Unter dieser Überschrift teilt unser Breslauer Parteiorgan die „Volkswacht“ mit:

„Bei der Friedensdemonstration am vergangenen Sonntag, bei der einheimische Redner aller Parteien einmütige Rundreden und Ermahnungen auf Ruhe und Besonnenheit in die Welt riefen, trat auch ein zufällig dort anwesender Generalmajor v. Waldersee als Redner auf und rief die Menge zu den Waffen. Als darauf ein hiesiger Genosse die Worte und das Säbelgerassel des Generalmajors scharf geißelte, schlugen Grenzschutzmannschaften mit ihren gezückten Waffen auf unseren Genossen ein. Nur durch das tatkräftige Zutreffen anderer Genossen und die Flucht des Verletzten entging derselbe weiteren Mißhandlungen.“

Die Besolger draußen auch in die Wohnung ein und verfangen von der Frau des Verletzten die Herausgabe. Nur durch die Ausrede daß ihr Mann durch eine Hinterlist zum Krüppel geworden sei, entging er Weiterem. Am andern Morgen erschien ein Hauptmann des Grenzschutzes und erzwang den Verletzten, seine politische Tätigkeit einzustellen, andernfalls er seiner Stellung verlustig ging. Der Offizier stieß hierbei die schwersten Drohungen gegen den Genossen aus.“

Der Brotfriede der Unabhängigen.

Die Unabhängigen Berlin machten Reklame für eine Demonstration zugunsten der Annahme des unveränderten Versailles Friedens. Ihr Aufruf lautet:

„Arbeitendes Volk Berlin! Gehalte die Kundgebung zu einer machtvollen Demonstration für Brot und Frieden! Dieser Aufruf erscheint genau eine Woche später, nachdem sämtliche Parteinstanzen der U. S. P. über den Friedensvorschlag von Versailles geurteilt haben: „Das Wirtschaftsleben des deutschen Volkes wird erwürgt, das Proletariat verkrüppelt, die Grundlage neuer Völkerkämpfe geschaffen.“ Also ein Friede, der die deutsche Wirtschaft ruiniert und das deutsche Volk verelendet, ist nach Ansicht der U. S. P. ein Brotfriede. Auch ein Demagoge, der lügt, muß ein gutes Gedächtnis haben.“

Zur Befreiung Vogels.

Wie im Vorwärts mitgeteilt wird, ist es nicht unwahrscheinlich, daß der Helfershelfer des Vogel ein gewisser Leutnant Lindemann vom Freikorps Lüchow in Jossen ist. Bevor er beim Freikorps eintrat, war er Kassierer der Graphit-Vermittlungsstelle. Wegen verschiedener Vorkommnisse war

gegen Lindemann beim Staatsanwaltsrat Anzeige gemacht worden. Lindemann hatte ein spezielles Interesse daran, ins Ausland zu gehen. Das Interessanteste dürfte nun sein, daß Lindemann am Montag einen Brief aus Duisburg an seine Braut gerichtet hat, in dem er mitteilt, daß er beabsichtige, nach Holland zu gehen, er habe auch schon einen Paß.

Auf die Angaben Cohus hat der Reichswehrminister noch am selben Tage angeordnet, strenge Maßnahmen zu treffen, daß keinerlei unerlaubte Freiheit zugelassen wird und keinen Fluchtversuch scharflosig zu erleichtern. — Viel genügt hat dieser Hinweis nicht, wie die Tatsache beweist. Es muß alles daran gesetzt werden, um den ausgeflogenen Vogel wieder einzufangen und ihn wie seine Helfer zur strengen Verantwortung zu ziehen. Die Regierung hat sich hier durch allzugroße Vertrauensseligkeit gewaltig einseitig lassen.

Die Vollversammlung der Berliner U. und S.-Käte zur Friedensfrage.

In der Vollversammlung der Groß-Berliner U. und S.-Käte wurde über die Friedensfrage beraten. Richard Müller erklärte unter stürmischem Protest der Demokraten und Mehrheitssozialisten Deutschland als den allein Schuldigen am Weltkriege. Die gegenwärtige Regierung werde eine Milderung der Friedensbedingungen nicht erreichen. Das Kältesystem müsse konsequent durchgeführt werden. Die sozialdemokratische Fraktion gab eine Erklärung ab, welche nach Erschöpfung aller Verhandlungsmöglichkeiten Unterzeichnung des Friedensvertrages forderte, was kein Verzicht auf die Rechtsansprüche des deutschen Volkes sei. Die Kommunisten-Fraktion brachte eine Resolution über die Weltrevolution ein, ohne zur Unterzeichnungsfrage überhaupt Stellung zu nehmen. Die unabhängige Revolution, die den Ausführungen Müllers entsprach, wurde angenommen. Zur Frage des Bankrotts gegen die Freiwilligen will man das nächste Mal Stellung nehmen.

Aus der Nationalversammlung.

Der deutsche Arbeiter-Abnichten-Bund

hat an die Nationalversammlung eine Petition gerichtet, in der gefordert wird: Gehehliches Verbot der Verarbeitung von Nahrungsmitteln jeder Art (Kartoffeln, Obst, Zucker, Getreide, Mais) zur Alkoholverzögerung für Genuszwende; Beschlagnahme aller in Alkoholverzögerungsbetrieben vorhandenen oder für solche Betriebe eingelagerten Nahrungsmittel und deren Ueberführung in die Volksernährung.

Gewerkschaftsbewegung.

Mit den Sitzungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes beschäftigte sich die jüngste Konferenz der Vertreter der Gewerkschaftsvorstände. Als Berichterstatter des Verfassungsausschusses berichtete Leipart, daß der Name „Deutscher Gewerkschaftsbund“ schon 1896 auf dem Berliner Kongreß vorgeschlagen, aber aus Zweckmäßigkeitsgründen die Gründung eines Bundes vertagt worden sei. Die Konferenz beschloß, dem Bund den Namen zu geben: „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund“. Die Einleitung zu den Sitzungen erklärt, daß eine Gewerkschaft ihre Aufgaben nur erfüllen kann, wenn sie sich als Zentralfunktion eines Berufes oder einer Industriebranche über das ganze Land ausdehnt. Ein Antrag der Vorstände der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Eisenbahner auf Streichung der Worte „eines Berufes oder einer Industriebranche“ wird gegen sechs Stimmen abgelehnt. Im übrigen wird der vorgelegte Satzungsentwurf ohne wesentliche Änderungen angenommen. Der diesjährige Gewerkschaftskongreß in Nürnberg beginnt am 30. Juni. Vor dem Kongreß soll eine Konferenz der Arbeitersekretäre am 27. Juni und die nächste Vorstandskonferenz am 28. Juni in Nürnberg stattfinden. Am Schluß der Konferenz verabschiedete sich der Vorsitzende des Deutschen Landesarbeiterverbandes, G. Schmidt, über die Geschäftspunkte, nach denen in der nächsten Zeit die Landwirtschaft zu behandeln ist, wobei er sich gegen eine Verschlagung des Großbetriebes und allzu weitgehende Förderung der Kleinwirtschaft aussprach. Insbesondere

Ein Fehltritt.

Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus von Fr. Rißel-Maring.

Nachdruck verboten.

6. Fortsetzung. Als der dünne Klang des Vaterunsergebetens jetzt vom nahen Kirchturm ertönte, erhob sich Frau Lamprecht, legte den Stricktrumpf in den vor ihr stehenden Arbeitskorb und trat mit langsamen Schritten vor den an der Außenwand der Stube liegenden Tisch, um denselben mit einem buntgewürzten Tuch zu bedecken. Eben war sie damit beschäftigt, einer hereinretzenden Magd das Kaffeegeschirr abzunehmen, als die schrille Vorplatzglocke die Heimitzler des Hausherrn meldete. Mit den Worten: „Der Herr Pfarrer hats heut e bißche lang gemacht“, trat gleich darauf der hochgewachsene Mann in das Zimmer, hängte Sonntagstroß und Hut an das neben dem Kachelofen befindliche Zapfenbrett und schlüpfte in eine Lederschuhe, in welcher sich seine Gestalt entschieden vorteilhafter als in dem glänzend schwarzen Tuchrock ausnahm. Der breitschulterige Hüne mit dem glattrasierten ausdrucksvollen Gesicht, dem Selbstbewußtsein in der ganzen Haltung konnte als Original der Bevölkerung der Gegend gelten. Es mochten seine Vorfahren, die alten Mattiaker, ausgelesen haben, deren Zähigkeit und Kampfbegierde die römischen Eroberer oft zur Verzweiflung brachte, wenn sie in ihrem unbezähmbaren Freiheitsdrange die aufgelegten Fesseln immer wieder abzuhängen versuchten. Ein hartes, unheimliches Gesicht, diese Bewohner des Taunus; Willenkraft und Zähigkeit im Verfolgen des einmal sich vorgelegten Zieles sind die Haupteigenschaften dieses urwüchsigen Volkstammes; daneben zeichnen Siederkeit und unerschütterliche Rücksichtlosigkeit dessen Angehörige aus, wogegen deren Art und Weise, sich zu geben, die rauhen Manieren, die kurz abgebrochene Sprechweise, dem den Volksharakter studierenden Fremdling wohl nicht eben sympathisch erscheinen mögen.

Wie alle seine Landsleute, so schien auch Gottfried Lamprecht auf die rauhe Sprache des Neuherrn stolz zu sein und gewissenhaft alles zu vermeiden, was seiner Erscheinung einen verfeinerten Anstrich hätte geben können. Mit wichtigen Schritten und fast ungeschlagenen Bewegungen ging er erst einige Male in der Stube auf und ab, ehe er sich schwer auf den am Ende des Tisches stehenden Ledersessel niederließ. Auf die Frage seiner Frau nach Dörichs erwiderte er kurz:

„Sie is noch emol zur God.“ Dann trommelte er mit den Fingern auf den Tisch und fuhr fort:

„Es is ganz gut, daß des Mädchens noch nicht do is. Waart noch en Wegebitt mit dem Kaffee, Mutter! Seit werds endlich richtig wern. Wie ich aus der Kerch bin, hot mir der Christian zugeblanke un hot noch sein Bub gegürt. Do wern se wohl endlich komme! Zeit genug wars!“

„Ja, Zeit genug wars, Vatter!“ meinte Frau Christiane. „Wenn nur des Mädche sa Sache nicht!“

„Wenn nur des Dörichs sa Sache nicht? Wie maust du des?“ fragte der Bauer entgegen. „Du host doch selbst gesagt, daß das Kind ganz nährlich in den Paal is; daß sie wegen dem den Lorbacher hot haamgeschickt! Was soll sie denn jetzt for Sache mache?“

„Mer kimmt aus dem Mädche ebe nit recht heraus“, erklärte die Bäuerin. „Früher hätt ich geschwore druff, daß sie nur an den Paal denkt, aber seit der widder dehaam is, scheint sie sich nit mehr aus ihm zu mache. Seit der Passchener Kerch hot sich des Blättche bei ihr gewend. Ob sie do mit ihm hinner enanner is kamme; oder ob sie en annern Kerch im Lag hot — ich waas nit! Hot mer früher als emol die Red auf de Paal gebrocht un hot mer sie als e bißche mit ihm genert, dann is sie rückerot worn un mer hot gesehn, daß ihr das Spah gemacht hot! Jekt?“

„Wie ich die Dag widder emol vom Paal anferange hab, do is sie ordentlich kös worn un hot gesagt, ich sollte sie aa for allemol mit dem eingebildete Blaffert in Ruß laße!“

„Host du ihr dann gesagt, daß ich mit dem Paal sein Vatter schon über die Sach geredet hab, Mutter“, fragte der Bauer.

„Des grad nit, aber gesagt hab ich ihr, daß du un ich nig gege den Paal hätte, wenn er käm!“

„No un do?“

„Sie hot gemeant, da könnte wir lang waarte, der käm nit, un is gleich druff zur Tüt hinausgange, grad als wenn für nich mehr über die Sach häre wollt.“

„No, des tät grad noch fehle, wenn des Mädche „naa“ sage tät, wo alles so schön in der Kerch is“, meinte der Bauer ärgerlich, indem er sich von seinem Sessel erhob und mit weiten Schritten die Stube durchmaß. „Zwingen kann un will ich mei Kind nit, do soll mich unier Herrgott dofor bewahre! Ich waas, wies meiner arme Schwester ganze is, dere de Vatter un die Mutter selig so lang zugehelt habe, bis sie des Reuters Philipp genomme hot! Ihr ganz Lewe lang san sie nit aus dem Unglück heraus, weil sie sich mit ihm Mann ebe nit verstanne got un nit vertrage hot kenne! Naa! Wenns Dörichs nit will, dann mache wir en Strich drunter; sie hot mit ihrem Mann zu lebe! Aber ich will de Deibel nit an de Wand male. Bielleicht jeins nur dumme Latne, wie se ebe die junge Wäbercher als habe!“

„Wir wolle hoffen!“ sagte Frau Christiane leidend, indem sie sich an dem Kaffeegeschirr zu schaffen machte. „Klaare Kinner — Klaare Sorge, große Kinner — große Sorge! Ebe scheinte sie zu kenne!“

Wieder schritt die Hausstüßglocke und schwere Männer-schritte auf dem Flur wurden vernehmbar. Gottfried Lamprecht hatte ein Zeitungsblatt aus einer an der Wand hängenden Kappe genommen, und nahm, in dasselbe stehend, eine gleich-

gültige Miene an, während Frau Christiane rasch ihr Strickzeug ergriff und sich den Anschein gab, als nehme sie einige entfallene Nadeln an demselben auf. Ein Hochen an der Tür erfolgte, darauf ein kräftiges „Herein“ des Hausherrn, und beide Höfer, Vater und Sohn, betraten die Schwelle. Wie verunndert blickte Gottfried Lamprecht nach den beiden hin und sah erbebend, trat er den Gästen mit den freundlichen Worten entgegen:

„Des is jo en seltener Besuch! Der Christian! Un der Paal! Warum host du dich denn noch gar nicht sehe laße, seitdem du widder dehaam bist?“

Und Frau Lamprecht schüttelte den beiden herzlich die Hände mit den Worten: „Des is aber recht, daß ihr emol kommt! Aber jekt ich doch un drückt e Schälche Kaffee mit! Gleich will ich befor jorke!“

Damit eilte die stattliche Frau zur Tür hinaus, während sich die Männer an dem Tische niederließen und einige Augenblicke in etwas verlegenem Schweigen verharren.

Endlich nahm Christian Höfer das Wort: „Wir sein nach der Kerch noch emol die hinner Gewann emol un habe noch de Kerche gesehe. Se sein lower zeitig. Ich den, die Woche kann mer se breche. Wie weit seid ihr denn mit dem Sei?“

„Ich den, daß wirts die Woch heranziege, wenn sich Wetter hält“, erwiderte Gottfried Lamprecht. „Gestern hot mir schon aamer von Meenz e Gebort gemacht. Drei: Mart will er gebe! No, mir prefferts nit!“

„Ich den aach, daß mer fuffzig Stenig mehr We künne“, meinte der alte Höfer. „So viel is nider: For drei Mart geb ichs nit her! So viel hab ich so vom Joahr beinahe fors Grummet gelor!“

Frau Christiane Lamprecht trat wieder ein, gefolgt von einer fauber gekleideten Magd, die ein großes Brett mit der dampfenden Kaffeekanne und mehreren Teller mit in schmalen Streifen geschnittenen Butterkuchen vor sich her trug. Während die Hausfrau die Tassen vollschänkte, wandte sie sich an Paal und fragte scherzend:

„No Paal, dir is die Berliner Kat so scheins gut betomme? Mer maant, du wärd noch e pear Zoll größer worn! Hot dits dann gefalle bei de Breiße?“

„Wies aam ebe bei de Soldate gefalle kann, Fraa Bas“, erwiderte Paal.

Die Lamprechts waren noch weillässig mit den Höfers ver-

wandt. „Dehaam is schön!“

„Des glaab ich dir gern“, sagte die Bäuerin lachend und ließ sich zur Seite ihres Mannes nieder. Der Vatter werd auch nit dobege habe, daß du widder do bist, bei der viel Arbeit, wo ebe is!“

Fortsetzung folgt.

warnte er vor Ueberfchätzung der Siedlungsreformen. Auch vor genossenschaftlicher Bewirtschaftung der Landgüter sei zu warnen, während das Genossenschaftswesen beim Ein- und Verkauf von Bedarfartikeln und Erzeugnissen große Dienste leisten könne. Der Zwischenhandel sei nach Möglichkeit auszuschalten. Ein allzu scharfer Eingriff in die Landwirtschaft durch Sozialisierung sei in den nächsten Jahren kaum zu empfehlen, dagegen müsse vieles zur Hebung der Landwirtschaft geschehen, was ebenfalls Eingriffe in die Landwirtschaft erfordere. Die Konferenz war der Meinung, diese Fragen durch den Redner auf dem Gewerkschaftskongress an geeigneter Stelle behandeln zu lassen.

Der Prozeß Ledebour.

Zweiter Tag.

Ledebour über die Vorgeschichte der Revolution.

Die Regierung war weiter stets bestrebt, die revolutionären Errungenschaften rückgängig zu machen und holte in den ersten Kammerlagen zum letzten Schläge gegen die Revolution aus, indem sie verfuhr, den Polizeipräsidenten Eichhorn, den letzten Unabhängigen, der in Berlin auf verantwortlichem Posten stand, abzusetzen. Alle gegen Eichhorn erhobene Beschuldigungen weist der Angeklagte als nichtwürdige Verleumdungen zurück. Die revolutionären Arbeiter Berlins waren nicht gewillt, sich diese Maßregelung gefallen zu lassen. In einer gewaltigen Demonstration am 5. Januar verlagten sie, daß Eichhorn Gelegenheit gegeben werden sollte, mit dem Zentralkomitee zu verhandeln, und daß die letzte Entscheidung in die Hand des Berliner Volkstages gelegt werde. Erst, wenn der Volkstag sich gegen die Absetzung Eichhorns aussprechen würde, was nicht zu erwarten war, da seine Mehrheit aus Mehrheitssozialisten bestand, und die Regierung dann trotzdem noch auf der Amtsenthebung bestehen würde, sollte gegen diese Gewaltanwendung von Seiten der Arbeitererschaft auch mit Gewalt geantwortet werden. Aber die Regierung wollte keinen Vergleich, sie wollte den Konflikt, das hat der jetzige Polizeipräsident Eugen Ernst in einem Interview mit einem italienischen Journalisten selbst zugegeben. Die Massendemonstration des 5. Januar vor dem Polizeipräsidenten zeigte, daß die Arbeitererschaft Berlins zur Aktion drängte. Man versicherte uns, daß die Berliner und Spandauer Garnisonen fast ganz auf unserer Seite standen. Von denselben Leuten, die am 2. November im revolutionären Aktionsauschuß vereinigt waren, wurde an demselben Tage beschlossen, aufs Ganze zu gehen und die Regierung durch Streikbewegung zu zwingen. Däumig war es, der gegen diesen Beschluß stimmte, wie er denn auch während der ganzen Zeit nicht an diesen revolutionären Aktionen teilnahm. Zur Durchführung der geplanten Aktion wurde ein provisorischer Revolutionsauschuß gebildet, dessen drei Vorsitzende der Angeklagte, Viehöver und Paul Schöke waren. Von diesen drei Leuten ist denn das bekannte Schriftstück unterzeichnet worden, und zwar i. U. denn die drei Unterzeichneten waren weder der Aktionsauschuß noch die in Aussicht genommene neue Regierung, sie waren nur die Vermittler. Am 6. Januar wurde angeordnet, das Kriegeministerium zu besetzen, weil man annahm, daß die Situation gleich der des 9. November war. Darin hatte man sich aber getäuscht. Die Ministerien, die das Ministerium besetzen sollten, ließen sich leider nicht einfinden, da man im Kriegsministerium an Stelle der mittels Schreibmaschine hergestellten Unterschriften eine handschriftliche haben wollte. In Unwissenheit des Angeklagten hat dann die Reichswehr seinen Namen unter dieses Schriftstück gesetzt. Das war kein gutes Recht, fraglich ist nur, ob es angebracht war. Der Angeklagte geht dann in längeren Ausführungen auf die Sprachenspezifität der ehemaligen Regierung ein, schildert seinen im Reichstag gegen die Politik geführten Kampf und kommt zu dem Resultat, daß die jetzige Regierung absolut nicht imstande ist, die Friedensverhandlungen zu führen, da ihre Männer die Gewalt- und Unterdrückungspolitik dieser Regierung mitgemacht haben. Der Angeklagte betont denn, daß er die Verantwortung für das, was er getan habe, nicht ablehne, aber dagegen protestiere, daß man ihm Dinge zuschreibe, an denen er absolut keine Schuld habe. Das gilt besonders von dem am 5. Januar erfolgten Besetzung des „Vorwärts“. Die Besetzung war vielmehr eine spontane Aktion der Massen. Der Angeklagte geht dann sehr eingehend auf die am Dienstag, 7. Januar, begonnenen Einigungsverhandlungen mit der Regierung ein, die sich bis zum Mittwoch hinziehen, dann von der Regierung abgebrochen, am Donnerstag wieder aufgenommen wurden. Der Angeklagte war in der Zeit der Obmann der Kommission, die die Verhandlungen mit der Regierung führte. Er war mit diesen Arbeiten volltätig beschäftigt und ist auch im Laufe der Woche jenseits von der Leitung des Revolutionärausschusses zurückgetreten, ist daß er bei all den militärischen Ereignissen der Woche absolut nicht als Beobachter zu betrachten ist. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend wurde Ledebour dann von einem Leutnant in seiner Wohnung verhaftet. Der Stadtkommandant Klauunde wußte seinerzeit weder von einem Verhaftungsbeschuß etwas, noch will er den Namen des die Verhaftung vornehmenden Offiziers gekannt haben. Im übrigen war er sehr zuvorkommend und bereit, Ledebour und den mit ihm verhafteten Dr. Meyer mittels Auto wieder in ihre Wohnung zurückbringen zu lassen, was aber durch einen Offizier dadurch verhindert wurde, daß er die beiden Soldaten, die Klauunde zur Begleitung mitgegeben hatte, zurückbeordnete. Zeugen werden gefunden, daß man den Plan hatte, die beiden Verhafteten zu erschlagen und ins Wasser zu werfen. Mit einer kurzen Entzerrung der Frage der Haftentlassung schließt der Angeklagte seine vierstündige Rede mit den Worten: „Ich übernehme die volle Verantwortung für das, was ich getan habe, ich lehne es aber ab, die Verantwortung zu übernehmen für Dinge, die man mir nur aufschwängt. Wie dieser Prozeß auch ausgeht wird, ich werde mir damit ein großes Verdienst an dem Wohl des ganzen deutschen Volkes erwerben. Nach meiner Ueberzeugung ist es vaterländische Pflicht jedes Deutschen, alles zu tun, um diese verderbliche Regierung so schnell wie möglich zu beseitigen.“

Hierauf wieder die Verhandlungen auf Mittwoch 9 Uhr verlegt.

Dritter Tag.

Zu Beginn der Mittwoch-Sitzung behauptet Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld, Rechtsanwalt Dornbach habe an seinem Sterbebett erklärt, daß er nicht gelächelt, sondern hinterläßt auf dem Transporthilfen erschienen worden sei. Der Staatsanwalt bleibt bei seiner geltend gemachten Vorlesung.

Hierauf wird in der Vernehmung des Angeklagten Ledebour fortgefahren. Zunächst kommt es zu einem Zusammenstoß mit dem Vorsitzenden. Ledebour erklärt, als der Vorsitzende Fragen an ihn richtet, seien, was vom Vorsitzenden gerügt wird.

Am 14. Dezember hat der Angeklagte Reden vor der Universität und am Soldaten gegeben. Ueber den Inhalt seiner Reden befragt, erklärt der Angeklagte, daß er die Rede vor der Universität am Gehörgang einiger Offiziere, unter anderem des Generals Hoffmann, gehalten habe. Der Zweck seiner Reden sei gewesen, die Leute zu beruhigen. Innerhalb des Marstalls sei, wie die weitere Vernehmung des Angeklagten ergibt, Ledebour die Marställe ebenfalls zu beruhigen versucht. Als der Vorsitzende einige weitere Fragen über geläuterte Reden, deren Ort und Zeit sowie über seine Beteiligung an Sitzungen uim. stellt, erwidert der Angeklagte außerordentlich erregt: Ich habe den Eindruck, daß diese Fragen mir stellen sollen, habe kein Bedürfnis für diese hypothetischen Fragen und diese prozessualische Vernehmung. Auch im weiteren Verlauf seiner Vernehmung ist der Angeklagte sehr erregt. Als auf Hinweis des Rechtsanwalts Herzfeld die Sitzung auf fünf Minuten unterbrochen wird, während der die Verteidiger mit dem Angeklagten sich besprechen.

Nach Wiedereröffnung der Verhandlung wird der Angeklagte über seine Reden am Polizeipräsidenten im Januar befragt. Er

sprach als erster und forderte seine Zuhörer auf, auszuharren, zusammenzuhalten und Gewalttätigkeiten zu vermeiden. In diesem Zusammenhang verurteilt er die Angeklagte scharf dafür, daß er als Urheber der „Vorwärts“-Besetzung angesehen werde. Der Justizminister habe ihn und seine Partei in öffentlicher Parlamentsitzung beschuldigt, die Besetzung des „Vorwärts“ veranlaßt zu haben. Der Angeklagte stellt den Antrag, seine als Zeugen zu laden. Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Durch die Vernehmung dieses Zeugen wird nachgewiesen werden, daß er nicht den geringsten Anhalt für die aufgestellte Behauptung gehabt hat. Zur Frage des Staatsanwalts, was die Menschenzüge nach dem Alexanderplatz am freitags Sonntag dirigiert habe, beantragt Dr. Rosenfeld, den Polizeipräsidenten Eugen Ernst zu laden. Die weitere Vernehmung ergibt, daß die Nachricht von der Besetzung der Zeitungsgebäude in eine Sitzung gelangt ist, an der der Angeklagte teilgenommen hat. Er sei mit dieser Maßnahme durchaus nicht einverstanden gewesen; er könne aber auch für sich nicht in Anspruch nehmen, daß kein Widerspruch die Leute, die die Besetzung für notwendig hielten, von der Besetzung zurückhielt. Der Staatsanwalt weist darauf hin, daß doch nicht nur die Zeitungsbetriebe, sondern auch die Reichsdruckerei, verschiedene Bahnhöfe und andere für das Verkehrswesen wichtige Gebäude besetzt worden seien. Die gleichzeitige Besetzung dieser wichtigen Institute läßt doch auf einen einheitlichen Plan schließen und auf einen gewissen Zweck, der damit erreicht werden sollte. Angeklagter: Ich meine weder einen Plan, noch ist mir im einzelnen bekannt, was mit dieser Besetzung erreicht werden sollte. Der Staatsanwalt legt nunmehr eine kommunistische Zeitung vor, die einen Aufruf enthält, der beweisen soll, daß in der Besetzung der Zeitungen System gelegen habe und daß also der Angeklagte als einer der ersten Führer der Bewegung von diesem Plan hätte unterrichtet sein müssen. Der Angeklagte und die Verteidiger wenden sich scharf gegen die Verlesung dieses Aufrufes. Sie erklären sie schon deshalb für zwecklos, weil die Zeitung vom 19. Januar stamme, während die Vorgänge, die den Gegenstand der Anklage bilden, sich in den ersten Januartagen abgespielt hätten. Rechtsanwalt Viehöver: Ich habe geradezu den Eindruck, daß die Staatsanwaltschaft jetzt einsteht, daß sie dem Angeklagten Gründe fehlen, nunmehr mit einer Stimmungsmache versucht. Der Staatsanwalt weist diese „Anrempelung“ erregt zurück. Das Gericht beschließt Verlesung des freitags Aufrufes aus dem Dresdener „Kommunist“. Das geschieht. Als die Verlesung beendet ist, erklärt der Angeklagte, daß er wegen Überschreitens der Verlesung nicht habe folgen können. Das Gericht beschließt, die Verlesung zu wiederholen. Im weiteren Verlauf der Verhandlung kommt eine Rede zur Sprache, die Ledebour am Montag, 6. Januar, vor Soldaten des 3. Garderegiments zu Fuß gehalten hat. Der Angeklagte verweist sich bei dieser Gelegenheit scharf dagegen, daß ihm nachgesagt werde, er habe sich im Marstall um die Wasserausgabe gekümmert. Er sagt: Das ist vollendeter Blödsinn. Er sei nur ein paar Augenblicke dort gewesen. Staatsanwalt: War die Gruppe, an die Sie im Marstall die Ansprache hielten, bewaffnet? Angeklagter: Das habe ich nicht beobachtet. Die Soldaten, die dort umherstanden, haben wohl Waffen getragen. Ob die Zivilisten Waffen trugen, dafür habe ich mich nicht interessiert. Staatsanwalt: Es sind aber doch wohl Waffen ausgegeben worden? Angeklagter: Das ist möglich, ja sogar wahrscheinlich, aber ich habe damit nichts zu tun. Mein Alter und mein ganzes Wesen berufen mich nicht gerade zu dieser Aufgabe. Ich hatte andere Dinge zu tun. Meine eigentliche Aufgabe wäre erst gekommen, wenn mir die politische Macht erlangt hätte. Ich verstehe einfach nicht, was gerade ich mit der Wasserausgabe zu tun gehabt haben soll. Man soll mich doch nicht mit Gewalt zum Zuppenführer machen wollen. Auf weitere Fragen schildert dann der Angeklagte seine ganze Arbeit in jenen Tagen, und zwar bis Freitag nach der auf die Besetzung des „Vorwärts“ folgenden Woche. In diesem Freitag, 10. Januar, nachts, wurde ja dann durch einen Angriff der Garde-Kavallerie-Schützendivision das „Vorwärts“-Gebäude entsetzt. In dieser Nacht hat man den Angeklagten verhaftet. Es wird sodann der von den U. S. P. und Kommunisten veröffentlichte Aufruf verlesen. Der Angeklagte weist jedoch die Urheberhaft an diesem Aufruf von sich. Selbstverständlich habe er, als an der Leitung Beteiligten, die Verantwortung für diesen mitzutragen. Urheber sei er jedoch nicht. Staatsanwalt: Waren Sie beteiligt an der Neuebesetzung der Stadtkommandantur, die damals erfolgt ist? Angeklagter: Dazu hatte ich gar keine Zeit.

Hierauf werden die Verhandlungen auf Donnerstag, 9 Uhr, verlegt.

Wirtschaftliches.

Die politischen Kartoffellieferungen.

Gemäß den Bestimmungen des Danziger Vertrages über den Abschluß von Kartoffellieferungen seitens Polens an die deutsche Regierung passierten die ersten Kartoffel-Providanzzüge die Stadt Lissa.

Deutsche Flugzeuge für Holland.

In Ditzingen ist ein Ertrag aus Deutschland mit Flugzeugen für das holländische Fliegerlager Soester-Berg angekommen.

Das ernüchterte Elsaß.

Unter der Überschrift: „Das ernüchterte Elsaß“ schreibt der „Populaire“: „Raum hatte die öffentliche Meinung des Elsaß begonnen, sich zu beruhigen und die Brutalisierung des elsaßischen Volkes durch den Belagerungszustand zu vergessen, als neue militärische Maßnahmen das gesamte Elsaß alarmierten. Jetzt wird eine Menge von Elsaßern nach Frankreich zum Zwangsauftenthalt verurteilt. Das ist das Ergebnis der berüchtigten Sortierungskommissionen, das Ergebnis von Maßnahmen, die noch verdammerter sind als die der Militärgerichte, deren der preussische Militarismus sich bediente. Niemals erfahren die Angeklagten den Namen ihrer Denunzierten, und die Fragen, die ihnen gestellt werden, sind lächerlich oder gar abförmlich. Der Vorsitzende einer solchen Kommission verlangte von einem Angeklagten, daß dieser seine Schwester verleugne, weil sie mit einem Deutschen verlobt war. Auch das war der Punkt der Anklage. Wo befinden sich die Ankläger? Man findet sie in den Reihen einer kurzweiligen Clique, unter den Mitgliedern der Gesellschaft zur Sicherung der französischen Interessen oder auch des Vereins „Soudan; nous“, der diese Denunziationen am liebsten noch nach der Unterzeichnung des Friedens fortsetzen möchte. Die von den Sortierungskommissionen beschlossenen Ausweisungen sollten nicht durchgeführt werden, weil man befürchtete, daß sie die schon genug erlittene elsaßische Bevölkerung noch mehr aufzureizen würden. Da drohten die Sortierungskommissionen mit Streik und Rücktritt, wenn ihre Beschlüsse nicht durchgeführt würden. Ah, warum ließ man sie nicht gehen! Man befürchtete aber einen Skandal und deshalb werden weiter Erfindungen vertriebt, Familienmitglieder den Jüngern entziehen — darum wird die elsaßische Bekessesse weiter verurteilt. Ausweisungen, erzwungener Aufenthalt in Deutschland, erzwungener Aufenthalt in Frankreich sind die Strafen, die über die schuldig Befundenen verhängt werden. Für weniger gefährliche Fälle sind einige Maßnahmen vorgesehen, die weniger hart sind. Man hat auf die Inzestualie geschrieben: Gültig nur für die Gemeinde, in der der Inhaber wohnt. Viereinhalb Jahre lang hat das Elsaß unter dieserlei Maßnahme gelitten, die das deutsche Regime angeordnet hatte. Und was ordnet sie das französische Regime an? Es muß ein Ende gemacht werden mit den Denunziationen ohne jede Kontrolle. Was wir verlangen, ist ein richtiges Gericht, ein legitimer Prozeß der Angeklagte auf der einen Seite, die Zeugen

auf der anderen Seite und die Justiz über den Parteien. Und dann wollen wir den Bürgerfrieden, die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes über das Elsaß!“

Eine Stimme aus dem Kaukasus.

Bei der Rückkehr der deutschen Truppen aus dem Kaukasus mit dem Dampfer „Minna Horn“ übergab der zweite Vorsitzende des Soldatenrates, Bauer, dem Vertreter der Regierung nachfolgendes Stenogramm der Abschiedsrede des Führers der großrussischen Revolution, des früheren Vorsitzenden des Zentralverbandes und Zentralausschusses des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates, Tschelidse:

Ich habe Sie gestern auf dem Parteitag bei der georgischen Arbeiterpartei gesehen und habe Sie dort herzlich begrüßt. Aber ich sehe Sie hier wieder und will noch ein paar Worte hinzufügen. Ich erinnere mich an die Zeit, als das erste Mal der Arbeiter- und Soldatenrat in Rußland sich gebildet hatte. Das war der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat. Er brachte an die Erinnerung dieser glücklichen Zeit ein Hoch aus auf den Rat der Soldaten und Arbeiter überhaupt und hauptsächlich auf den hier in Lissa gebildeten deutschen Soldatenrat. Er sagte weiter: Ich erinnere mich an die Zeit, als wir noch die Hoffnung hatten, dem Weltkrieg ein Ende zu machen, und im Namen des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates veröffentlichten wir einen Aufruf an das Weltproletariat, mit der Lösung, ein Friede ohne Annexionen und ohne Entschädigung. Wir hatten viel erwartet, wir warteten auf Ihre Revolution, die im Westen ausbrechen mußte, auf die Revolution bei dem Volke, das viel weiter als wir vorwärts gegangen war, und in uns lehte die Hoffnung, daß so eine großartige Revolution, wie sie in Rußland vor sich gegangen ist, auch im Westen ausbrechen werde. Aber wir haben uns in jenen Momenten getäuscht. Doch zuletzt ist die Minute gekommen, wo das deutsche Proletariat unter Führung der deutschen Sozialisten die rote Fahne der Revolution in die Hand genommen hat, die Fahne nicht nur der deutschen Revolution, sondern auch der allgemeinen Revolution, das ist die Fahne des Sozialismus, die Fahne, die immer über dem Kampfe, den wir geführt haben, wehte.

In Deutschland stehen an der Spitze der Revolution die Leute, die uns belehrt haben, von denen wir gelernt haben, wie man das Volk erziehen muß, und wie man die Revolution organisieren muß, und jetzt erleben wir die Zeit, daß dem deutschen Volke Friedensbedingungen aufgezwungen werden sollen, die für die deutsche Demokratie, für das deutsche Volk und für die deutsche Revolution unannehmbar sind. Die Friedensbedingungen der englischen, französischen und amerikanischen Kapitalisten. Aber in uns ist nun die Hoffnung, daß das deutsche Volk mit seinem großen Organisations-talent den Kampf besteht, um seine bessere Zukunft zu erkämpfen und um diese kapitalistische Welt zu Boden zu werfen. Sie sind glücklicher als wir, weil sie eine helle Vergangenheit haben, eine große Erfahrung. Diese Erfahrung garantiert und versichert Sie vor allen Fehlern, die wir in Rußland begangen haben, vor den Fehlern, die die russische Revolution nicht zum Siege, sondern teilweise zur Niederwerfung bewegt haben. Wir hoffen, daß dieses Volk, das an der Spitze der revolutionären Bewegungen der Welt marschieren soll, das Volk, das an der Spitze der Weltdemokratie schon gestanden hatte, dieses Volk seine Existenz, die Freiheit, die Selbständigkeit, die Eingetret leiten wird, um für Sie eine helle und glückliche Zukunft zu erkämpfen. In diesem Momente, in dem Sie hier bei uns anwesend sind, können wir Sie versichern, daß in diesem Kampfe, in diesem Weltkampfe, den Sie berufen sind, zu führen, die hiesige Demokratie, kaukasische und georgische Sozialisten mit Ihnen sein werden. Wir reichen jetzt die Hände einander mit der Hoffnung, daß wir die gemeinsame Sache zum Siege führen werden.

Aus Nah und Fern.

Mord in Breslau. Der angeklagte Musiklehrer Dr. Schütt hat seine Geliebte, die Verkäuferin Maria Scholz, in seiner Wohnung erschossen und darauf gegen sich selbst einen Schuß abgegeben, der ihn jedoch nicht tödlich verletzete. Der Mörder ist 37 Jahre, die Ermordete ist 19 Jahre alt. Schütt soll ein Heiratsschwinder sein, dessen Verhaftung wegen eines Betruges in den nächsten Tagen bevorsteht.

Verhaftung des Spandauer Millionendiebes. Aus Wien wird berichtet: Es scheint, als ob man der Hauptbeteiligten am Spandauer Millionenraub habhaft geworden ist. Vor einiger Zeit lenkte ein in einem hiesigen Hotel wohnendes Ehepaar namens

... auf sich. Bei einer Durchsicherung der Koffer wurden zwei Millionen rumänische Okkupations-Lei gefunden. Das Ehepaar wurde verhaftet. Der angebliche Einlau ist identisch mit Fritz Karl Kröschle aus Oelsnitz in Sachsen und seine angebliche Gattin ist eine gewisse Frieda Lienu, geboren zu Hamburg. Kröschle gab an, im November 1918 in Spandau von einem Soldaten ca. 5 Millionen Okkupations-Lei mit der Bestimmung erhalten zu haben, sie nach Belgien und Holland zu bringen. Bei dem Versuche, über die Grenze zu gelangen, gab er angeblich aus Angst vor einer Revision eine Million Lei weg. Den größten Teil der übrigen Summe brachte er nach Wien.

75 000 Mark unterschlagen. In der Stadtkasse von Rypenitz hat der Kassenassistent Koenke, der die Elektrizitätsgelder und Warenumschlagsteuer abzurechnen hatte, durch falsche Eintragungen nach und nach 75 000 Mark veruntreut.

Sandgranatenwurf in eine Protestversammlung. In einer öffentlichen Volksversammlung in Bromberg verhielt sich die Zuhörerschaft zu dem Vortragenden Geheimrat Kleinow ablehnend. Die bürgerliche Blätter berichten, bemächtigte sich während des Vortrages einer Unabhängigen der Versammlung eine ungeheure Erregung. Möglicherweise wurden zwei Sandgranaten gegen die Rednertribüne geworfen, die aber mitten im Saale unter den Versammlungsteilnehmern mit gewaltigem Getöse krepitierten. Eine weitere Sandgranate sah man außerhalb des Saales explodieren. Soweit bisher festgestellt werden konnte, wurden vier Frauen und fünf Männer schwer verwundet.

Ein neues Kohlenfeld in Sachsen. Die sächsische Regierung hat zur Auffschließung eines Kohlenfeldes bei Döhlen (Bezirk Leipzig) die Bewilligung von 13 Millionen Mark beantragt. Die Größe des Feldes, das insofern günstig liegt, als die Kohlen durchweg im Tagebau gewonnen werden können, beträgt 1300 Hektar. Das Feld enthält etwa 200 Millionen Tonnen Kohlen.

Knochenerweichung infolge Unterernährung. In der Göttinger medizinischen Gesellschaft berichtete Professor Fromme über das gefürchte Auftreten schwerer Knochenerweichung bei Jünglingen zwischen 14 und 18 Jahren. Die daraufhin mit Hilfe der Ärzte von Göttingen und Umgegend veranfaßten Nachforschungen haben ergeben, daß die Krankheit in großer Ausdehnung in Göttingen und verschiedenen Städten, wie z. B. Andreasberg und Wolf, und zwar erst in den letzten 2 1/2 Monaten ausgebrochen ist. Es handelt sich um eine sogenannte Spät-Rachitis (englische Krankheit), in einer gegen früher ungewöhnlichen Schwere. Die davon Befallenen werden nicht nur arbeitsunfähig, sondern durch Verbiegungen und bei gewöhnlichen Bewegungen auftretende Entzündungen der Knochen auf die Dauer in Wachstum und Gestalt schwer geschädigt. Es handelt sich um die Bewohnererschaft gesund gelegener kleiner und kleinster Städte. Hauptsächlich sind es jugendliche Arbeiter, die meistens aus linderreichen Familien kommen. Aus ländlichen Betrieben stammen nur wenige und diese aus Zwergwirtschaften. 1/3 Liter Milch täglich hat in den vereinzelt Fällen, wo seine Anwendung möglich war, die besten Resultate gegeben. Genauere Einzelheiten werden veröffentlicht werden.